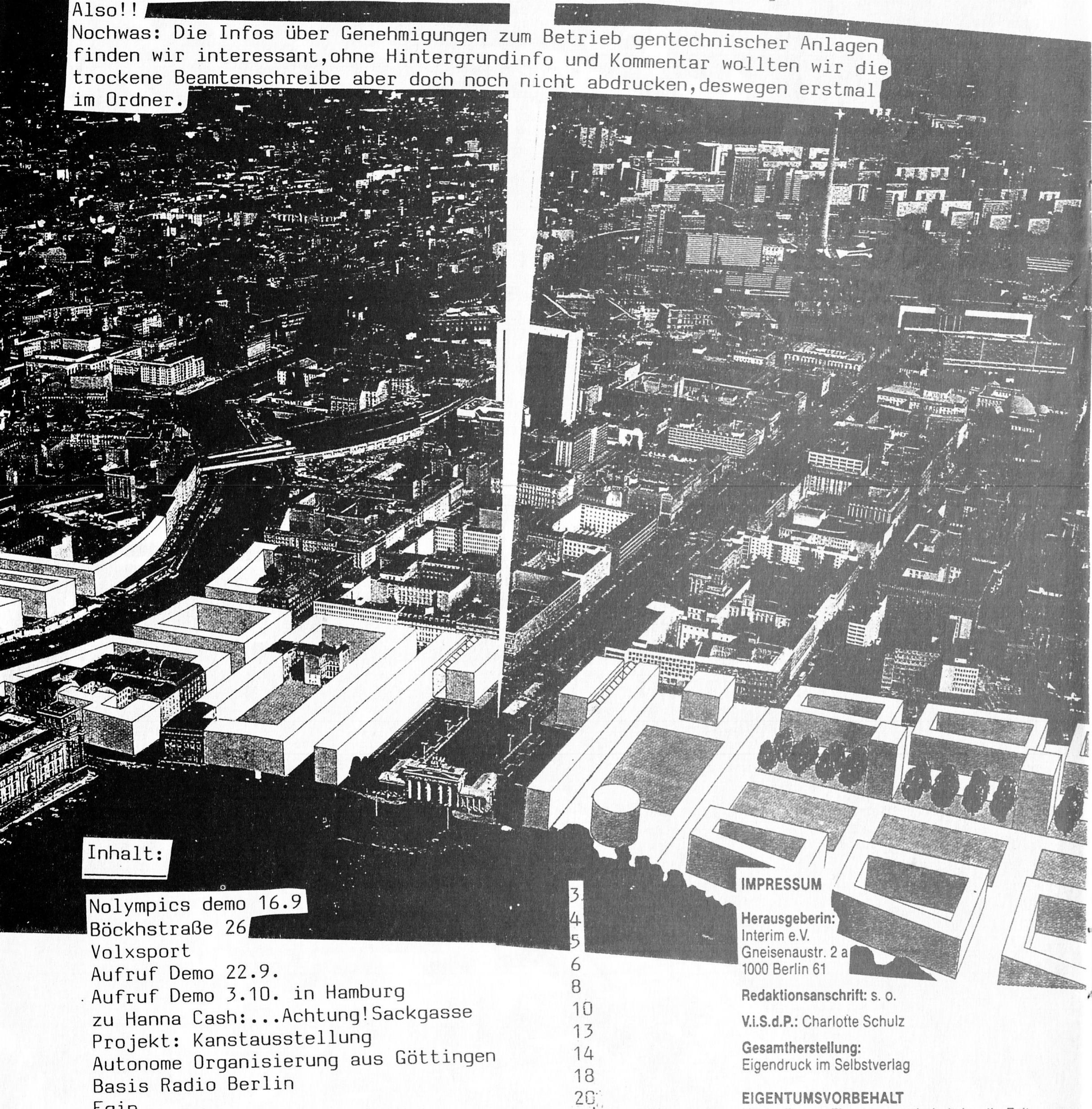

Nr. 161
2 DM
auswärts
2,50 DM
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig
PLATZ FREI
FÜR
DAS
NEUE
BERLIN!
19. September 1991

VORNEWEG

Zu dieser Nummer fällt uns nicht viel ein. Wenig Text aus berlin; immerhin schon was zum Montag. Wenig Inhalte überhaupt in den Zusendungen.
Wir bestehen weiterhin darauf, Diskussionsträger statt Werbeträger zu sein.
Also!!
Nochwas: Die Infos über Genehmigungen zum Betrieb gentechnischer Anlagen finden wir interessant, ohne Hintergrundinfo und Kommentar wollten wir die trockene Beamtenschreibe aber doch noch nicht abdrucken, deswegen erstmal im Ordner.



Inhalt:

Ordner:
aus Amtsblatt f. Berlin zu Ausländerrecht und Genehmigung gentechnischer Anlagen
Programm Aktionstage gegen d. 2. Saarbrücker Medientage
Räumung Zeltlager Frankf./M
zum Spiel Hertha-St.Pauli

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

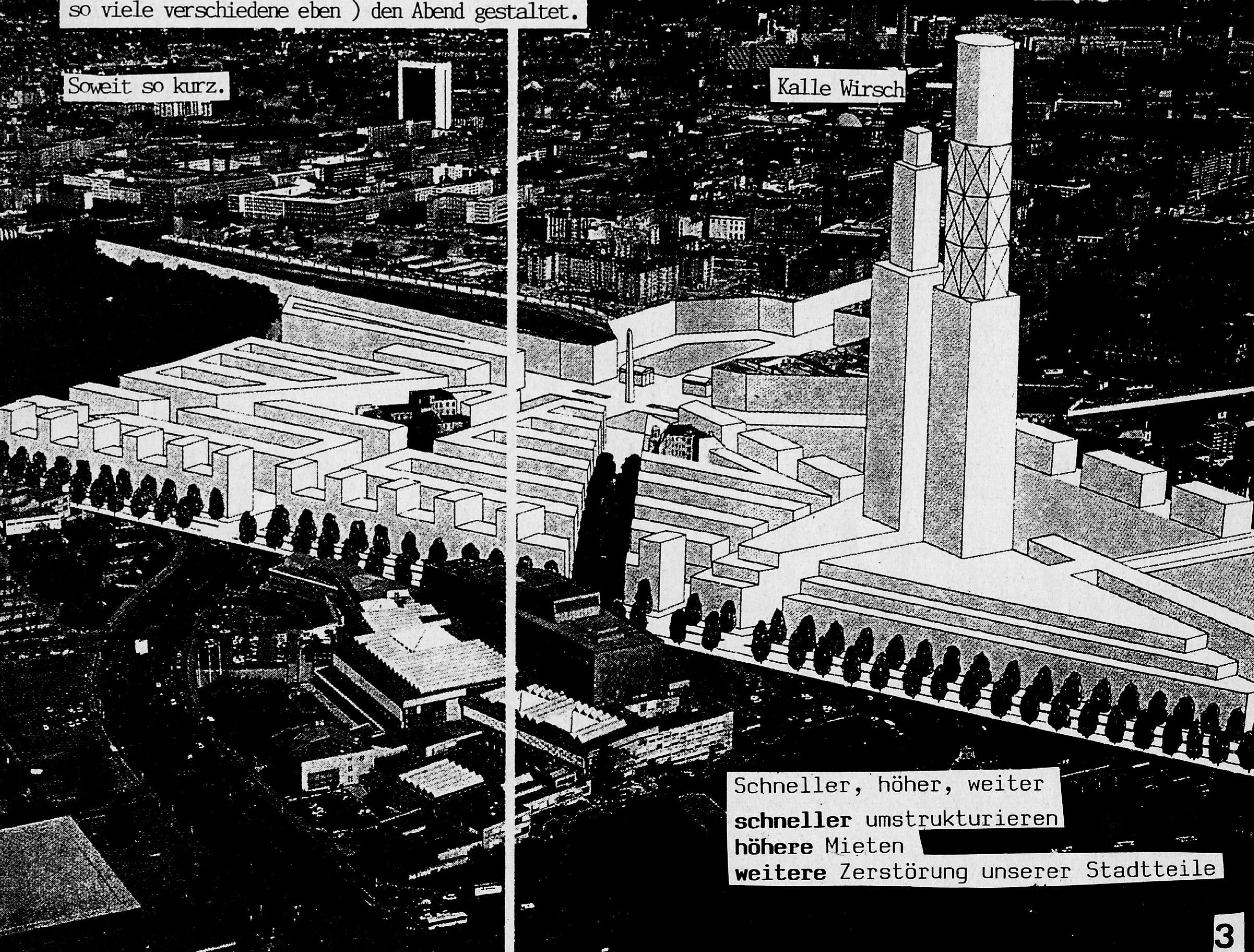
NOLYMPICS

... ganz schnell noch ein Kurz-kurz-kurz-Bericht zur Demo vom Montag (16.9.) "Olympia in den Sand gesetzt"...

Also: zu übersehen waren wir nicht gewesen. Zwar überschaubar,1500 Leute hieß es irgendwo.Ich hatte in der Menge aber eher das Gefühl von mehr Beteiligten, die Bullen nicht mitgezählt. Transparente gabs eine ganze Menge, Sprüche und Parolen dafür wieder ein bischen weniger - wurde vom Lautsprecherwagen aus ja auch mal auffordernd beklagt. Nu, der Herbst fängt ja nach dem Sommerloch grad erst an. Zügig und kurz ging es durch die Straßen, am Grand-Hotel kams dann wohl berechtigt zur vorzeitigen Demoselbstauflösung. Vorher gab es schon stellenweise mitlaufendes Spalier, an der Kreuzung dann nach drei Seiten hin die Wege dicht mit Wannen und Schilden zugepflastert, Video vom Dach aus, also kein Grund, da lange rumzustehen.
Die meisten zog es dann Richtung Alex zur Staatsoper, wollten nun endlich auch mal das IOC-Kommittee sehen.Auf der Treppe gab es Gerangel, aber ganz gut auch internationales Fotografenvolk, also blieb es vorerst beim Gerangel.Dann standen wir - noch so 2-300 Menschen - für meinen Geschmack zu lange rum, kaum Parolen, keine Bewegung. Und warten,und zusehen, bis die Bullenketten und Wannen sich dann zum Abdrängen richtig postiert haben (immerhin ca. 10-15 Minuten) hat so was sich selbst ausliefferndes. Vielleicht früher schon mal wieder eine Demo weg organisieren oder unters Volk mischen,neue Treffpunkte ausmachen...   ist dann ja auch passiert. Unter den Linden, Friedrichstraße, Alex, Universität, Schauspielhaus gab es dann wohl noch längere Zeit Unruhe. Insofern auch viel zu erfahren für diverses Publikum und Galagäste, denen wiederum zum Teil eher die Bullenpräsenz ungeheuer war.
Wir kam es zu 50 Festnahmen und Verletzung gegen 21Uhr ? (Bullenfunkinfo) Wie wär das vermeidbar gewesen? Bei nächster Gelegenheit mal verabreden, treffen und bereden. Und schreiben.
Mir schien der Abend insgesamt für die Kampagne gegen die Olympiastadt was gebracht zu haben.Die meisten der wenigen Parolen hatten jedenfalls den Weg anderntags, sogar fast richtig zitiert, auch in die bürgerliche Presse gefunden. Zwar war die ganze Aktion auch wieder vermittelt durch die unübersehbare Bullenpräsenz in der ganzen Gegend, aber soweit ich das einschätzen kann haben doch "wir" (wir und wir, so viele verschiedene eben) den Abend gestaltet.

Soweit so kurz.

Kalle Wirsch



GEGEN DIE DROHENDE RÅUMUNG
–BÖCKHSTR. 26 BLEIBT !! !

Wie Ihr bereits gemerkt habt, läuft die unsoziale Umstrukturierung des Kiezes zugunsten von Profitcentern.
Kinderläden, Beratungsstellen, Umweltläden, zu Wohnungen ausgebaute Fabriketagen sowie ohne Profit arbeitende kirchliche und soziale Wohngemeinschaften/ -einrichtungen werden mit einer 2 bis 4 fachen Erhöhung der Kaltmieten schleichend aus Gewerberäumen herausgekantet.
Bisher bestehende Trägervereine zur Wohnraumbeschaffung wie das Martinswerk werden von der Rechtsprechung benachteiligt, und Spekulanten versuchen das auszunützen.
Die Gründung und Fortführung von Trägervereinen, die versuchen, die bestehende Wohnraumknappheit sozial abzufedern, indem die Bewohnerinnen und Bewohner als Verein bezahlbaren Wohnraum anmieten, wird den boomenden Spekulationsinteressen geopfert. Solche Vereine werden von den Gerichten wie gewerbetreibende Hotels behandelt.
Das jüngste Beispiel, wie die Spekulantenmafia aus Wohnraum Profit zu erzielen versucht, ist das Haus in der Böckhstraße 26:
Seit 1976 hat das Martinswerk das Hinterhaus der Böckstraße angemietet, bis 1989 ein gewisser Kahmann / Mietkonzept das damals billige Haus aufkaufte und die Mieten von DM 5/qm auf DM 20/qm erhöhte. Als die Bewohnerinnen und Bewohner die Mieterhöhung ablehnten, flatterte die Kündigung ins Haus. Kahmanns erster Versuch, seine Baufirma Richter im Haus einzunisten, scheiterte am Stadtplanungsamt, das die Beibehaltung der bestehenden Nutzung forderte. Als aber die Mieterinnen und Mieter nach dem Kündigungstag in den Wohnungen blieben, die sie seit Jahren bewohnen und die sie selbst ausgebaut und renoviert haben, verklagten Kahmann und Mietkonzept das Martinswerk. Gleichzeitig fand Kahmann über einen Kudamm-Makler einen senatsgeförderten Trägerverein, der für freie Wohnungen 20 DM/qm gezahlt hätte. Kahmann versuchte also, über die Miete Subventionen für soziale Projekte zu seinen Gunsten abzuschöpfen.
Räumungsklagen gegen das Martinswerk laufen mittlerweile in zweiter Instanz.
Zusätzlich bedrohen Kahmann / Mietkonzept das Martinswerk mit Schadenersatzforderungen von DM 15.000 monatlich für die seit März entgangenen Wuchermieten, die sich während des laufenden Gerichtsverfahrens anhäufen.
Da Kahmanns soziales Verständnis im Portemonnaie sitzt, hat er die Bewohnerinnen und Bewohner Anfang Juni aufgefordert, die Wohnungen innerhalb einer Woche zu verlassen. Diese zynische Forderung wird seit Anfang August von Räumungsklagen gegen die Bewohnerinnen und Bewohner begleitet. Am 21. Oktober kommen sie vor das Amtsgericht Kreuzberg/Tempelhof.

Aufgrund dieses unverschämten Auftretens von Spekulanten fordern wir:

- **Die sofortige Zurücknahme der Kündigungen und Räumungsklagen!**
- **Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum!**
- **Bestehende Wohnungen dürfen nicht in Gewerberäume umgewandelt werden!**
- **Keine Steuergelder für Spekulanten und Miethaie!**
- **Anwendung des Miet- und Kündigungsschutzes auf Mietverhältnisse, in denen Trägervereine Wohnungen und sozial genutzten Raum anmieten, um ihn ohne Gewinn an Bevölkerungsgruppen weiterzugeben!**
- **Stoppt das Treiben von Spekulanten und Miethaien!**

Wir haben keine Wohnräume geschaffen und erhalten, damit Spekulanten wie Kahmann absahnen!!

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Martinswerkhäuser

Bitte melden!

In einem Räumungsprozeß gegen 27 MieterInnen in der Böckhstraße in 1/61 brauchen wir **dringend Informationen** über den Vermieter **HELMUT KAHMANN** bzw. die Hausverwaltungsfirma **MIETKONZEPT** in der Kantstraße. Wer weiß von anderen Häusern, die Kahmann/Mietkonzept vermietet hat, weiß von Räumungsversuchen oder Sanierungsvorhaben??? Bitte meldet Euch unbedingt beim

INFO-STÜTZPUNKT SO 36
Reichenberger Str.63a
MO-FR 16-18 Uhr
Tel. 6125 906
WEHRT EUCH GEGEN SPEKULANTEN UND MIETHAIE, DIE EUREN LEBENSRAUM IM KIEZ ZERSTÖREN WOLLEN !!!



Mieterstreik, 23.9.1932. Auf einem Hinterhof Köpenickerstraße

VOLXSPORT

nolympic city
wir haben am 14.9 abends das grand hotel
tagungsort des ioc mit farbbeuteln beworfen
und viel hektik ausgelöst
die fassade der eingangsbereich ein abendkleid
und das image von berlin 2000 sind
bekleckert

acc

Demonstration/Kundgebung anläßlich des 10.Todestages von Klaus Jürgen Rattay:

Für bezahlbare Wohnungen und ein selbstbestimmtes Leben

Vor zehn Jahren, am 22.9.81, ließ der zu dieser Zeit amtierende CDU-Innensenator Lummer acht besetzte Häuser, u.a. die Bülowstr.89, in einem Großeinsatz der Polizei räumen. Zu der Betonfraktion von CDU-Senat und Springerpresse gesellte sich die Berliner Gewerkschaftsführung, die über die Neue Heimat 6 der 8 Häuser besaß und für sie Räumungsanträge stellte. Nach den Räumungen lud Heinrich Lummer die Presse zur Bülowstr.89. Vor dem Haus protestierte eine sich schnell vergrößernde Menschenmenge gegen die Räumungen. Daraufhin trieb die Polizei die ca 200 Menschen durch einen Knüppeleinsatz in Richtung Potsdamer Straße in den fließenden Verkehr. Ein BVG-Bus erfaßte dabei Klaus Jürgen Rattay und schleifte ihn noch ca. 40 Meter unter dem Vorderrad mit. Klaus Jürgen Rattay starb wenige Minuten später noch an der Unfallstelle.

Der Senat wollte damals militärische Stärke gegen die MieterInnen- und HausbesetzerInnenbewegung demonstrieren und ging dafür auch über Leichen. Politisch verantwortlich für den Einsatz waren der heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer und der heutige Bundespräsident Richard von Weizsäcker als damaliger Regierender Bürgermeister.

Neun Jahre später zeigte die SPD mit der brutalen polizeilichen Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße, wie nach dem Anschluß der DDR und dem Hauptstadtbeschluß mit der linken Opposition in der Stadt umgegangen werden soll, ganz im Sinne der "Berliner Linie" Heinrich Lummers. Die SPD wollte sich als bessere Law and Order Partei profilieren.

Daß die gesellschaftlichen Widersprüche sich immer mehr verschärfen, bekommen gerade die sozial Schwächeren in der Stadt zu spüren. Mit der Aufhebung der Mietpreisbindung hat sich das Mietenkarussell erst richtig in Bewegung gesetzt und im Vorgriff auf den Regierungssitz so viel Schwung bekommen, daß die Westberliner Mieten schon jetzt bundesdeutsche Spitze sind und die Ostberliner Mieten durch die Segnungen der Marktwirtschaft in olympiareifer Aufholjagd sind.

Ganze Stadtteile sollen im Rahmen der Planung für den Regierungssitz und die Dienstleistungsmetropole umstrukturiert werden. Das Geld in die Stadtmitte, die große Mehrheit der Bevölkerung soll ihr Glück in den Betonsilos am Stadtrand suchen. Berlin als "boomende Stadt" für die Schickeria und nadelstreifenanzugtragende Geschäftsleute, das ist die Vision, die der Senat verwirklichen will. Der Verkauf des Potsdamer Platzes an Daimler Benz und SONY ist nur der Anfang des Ausverkaufs der Stadt.

Der Senat will ein Berlin für die Herren in ihren Staats- und Konzernkarossen, in dem Friedhofsruhe herrscht, damit keineR beim Regieren und Profite machen stört - Organisieren wir den Widerstand gegen dieses Konzept!

10 Jahre nach dem Tod von Klaus Jürgen Rattay wollen wir aber auch daran erinnern, daß die Berliner Justiz, die jeden Steinwurf mit Haftstrafen ahndet, erfolgreich verhindert hat, daß die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes zur Rechenschaft gezogen würden.

Immer noch ist die Zukunft vieler besetzter Häuser in Berlin nicht abgesichert und mit weiteren Räumungen muß gerechnet werden. Laßt uns in der Stadt ein politisches Klima schaffen, in dem dies unmöglich wird.

Gegen Mietwucher, Spekulanten und staatliche Repression

Demonstration/Kundgebung **So, 22.9., 14.00 Uhr**

Treffpunkt: **Winterfeldtplatz** (U-Bhf. Nollendorfplatz)

Kundgebung: **Potsdamer/Bülowstraße** ca 15.00 Uhr

Linke in den Grünen/AL, Alternative Jugend Berlin, Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West, Antifa-Bündnis Zehlendorf

Zu der Demonstration rufen auf:

Berliner Mietergemeinschaft, Grüne/AL Kreuzberg, Grüne/AL Prenzlauer Berg, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

v.i.S.d.P. Franz Josef Bayer, Badensche Str.29, 1/31

FILM IM EX

Sanya - Wenn du getreten wirst, schlag zurück

(Japan 1986, 110 Minuten
Mitsuo Sato



Sanya ist ein kleiner Stadtteil von Tokyo, in dem etwa 8000 Tagelöhner (es sind praktisch nur Männer) wohnen. Sie repräsentieren die absolut unterste Schicht der japanischen Gesellschaft.

Sie leben von Jobs, die sie tageweise von Arbeitsvermittlern und Firmen angeboten bekommen. Wenn sie genug verdient haben, können sie sich für einige Nächte ein Bett in einer der Pensionen mieten, ansonsten leben sie das ganze Jahr auf der Straße. Die Arbeitsvermittlung wird von den Yakuza (japanische Mafia) kontrolliert, die eng mit faschistischen Gruppen verbunden sind. Die Auseinandersetzungen mit ihnen bestimmen einen Teil des Lebens der Tagelöhner.

Die Sanya-Sokidan (Sanya Kampf- und Diskussionsgruppe) ist ein Gruppe von Menschen, die seit den 70er Jahren versuchen, gemeinsam mit den Tagelöhnern deren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dies geschieht durch kollektive Lohnverhandlungen, Unterstützung bei Ämtern, nächtliche Patrouillen, gemeinsame Feste und gemeinsamen Widerstand gegen die Yakuza, die Faschisten und die Bullen, die oft zusammenarbeiten.

Kamagasaki in Osaka ist ein etwas größerer Stadtteil, in dem auch vor allem Tagelöhner leben. Dort kam es im Oktober 1990 zu viertägigen, heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den Bullen, nachdem wieder einmal die Zusammenarbeit zwischen Bullen und Yakuza bekannt wurde. Die Grundzüge von Leben und Arbeiten in Kamagasaki und Sanya sind gleich.

Dieser Film wurde zusammen mit und für die Arbeiter in Sanya gedreht und ist deswegen kein Dokumentarfilm nach europäischem Vorbild. Er zeigt das Leben und die Auseinandersetzungen in Sanya in ruhigen Bildern. Der Regisseur Mitsuo Sato von der Sokidan wurde wegen dieses Films von einem Yakuza auf offener Straße ermordet. Trotzdem wurde der Film nach seinem Plan vollendet.

Donnerstag, 19. September, 19.00 Uhr

im Ex, Gneisenaustr. 2a (im Mehringhof), 1/61

Fahrverbindungen:
Bus-Linie 119,
U-Bahn Mehringdamm

Bewegung ist die Erinnerung an das Ereignis !

Donnerstag, 26.9.91 - 21,-Uhr im SOS
Kollwitzstr, 64 HH, Berlin-Prenzlauer Berg

Buchpräsentation "Bewegungslehre - Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit" mit Konzert (Knochengirls/Berlin), Videos, Disko. Eintritt frei.



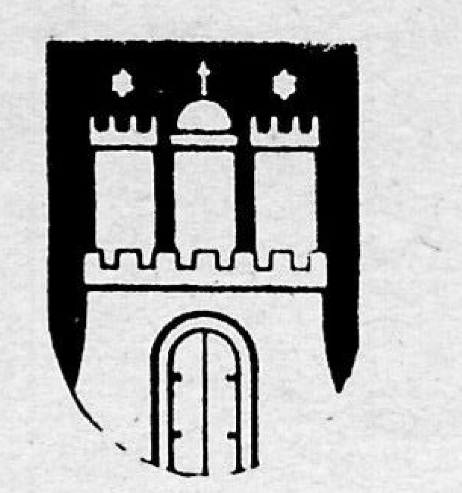
Während die Theoretiker der Neuen Sozialen Bewegungen den einschläfernden Duft von Weihrauch, Tinte und abgewetzten Schreibtischstühlen verbreiten, stinken die Botschaften der Bewegungslehre nach Haschisch, Molotow-Cocktails und durchgelegenen Matratzen.

Bewegung, Masse und Medien sind die drei zentralen Elemente der illegalen Wissenschaft, mit der die Amsterdamer Agentur Bilwet gegen die tägliche Langeweile, das Selbstmitleid und die Polit-Strategien vorgeht.

Die Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit handeln von Hausbesetzungen, Antifaschismus, Anti-Olympia Aktivitäten sowie den inneren Strukturen und Mechanismen der Bewegung.

Die Bewegungslehre produziert Lärm, wie er in besten Hausbesetzerzeiten auf den Straßen, in Kneipen und Konzerten zu hören war. Ein Lärm, der nach wie vor durch Ruhestörung gegen die Ordnun verstoßen kann.

Veranstalter sind die Krim. Vereinigung Berlin - Amsterdam e.V. und die Edition ID-Archiv. Das Buch kostet 25,-DM und sollte im öffentlich zugänglichen Buchhandel erhältlich sein, mit Sicherheit aber direkt bei: AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr.8, W-1000 Berlin 19



HAMBURG IST SPITZE !!!

Der Senat hat beschlossen: Hamburg soll zu einem der großen Wirtschaftszentren Europas werden. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß das investitionswillige Kapital aus dem In- und Ausland die Profit befördernde Rolle Hamburgs erkannt hat. Hamburg ist Handels-, Hafen- und Dienstleistungszentrum mit wiedergewonnenem "alten" Hinterland im Osten und Südosten, europäisches Tor für den wachsenden Konsumgüterimport aus Ostasien und hat eine Schlüsselposition zwischen Skandinavien und dem EG-Binnenmarkt. Als einer der Annexiongewinnnler freut sich die Hansestadt, den ersten großdeutschen Nationalfeiertag am 3.Oktober ausrichten zu dürfen.

Wir sind in der glücklichen Lage , Ihnen liebe MitbürgerInnen, einige der gröbsten Erfolge darstellen zu können.

GROßE FREIHEIT FÜR DIE WIRTSCHAFT

Hamburg ist Standort großer Konsumgüterfirmen wie Beiersdorf, Unilever, Colgate-Palmolive, Reemtsma, Tschibo und Darboven, der Holsten-Brauerei und der Feinkostfirma Kühne. Hier stehen die Zentralen der großen Mineralölkonzerne, eine beachtliche Zahl der renomierten Privatbanken. Der Handelsgigant Rothfus residiert hier, große Versicherungskonzerne wie Hamburg-Mannheimer, Deutscher Ring und natürlich der Versand-Multi Otto.

Mit tatkräftiger Unterstützung durch die "Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung" (HWF) und des "Technologie-Beratungs-Zentrums" (TBZ) ist es gelungen, High-Tech-Industrie in die norddeutsche Metropole zu holen.

Große Investitionen wurden (in der letzten Legislaturperiode 800 Mill.) und werden (zunächst 300 Mill.) von der Stadt im Hafenbereich getätigt. Die Kehrwiederspitze im Hafen wird von Schweizer Banken und der P&O-Gruppe zu einem Bürozentrum ausgebaut, an der Stadthausbrücke entstehen für 70 Mill. ebenfalls neue Büroräume.

ARMUT IM WOHLSTAND - EIN MUß FÜR JEDE METROPOLE

In gemeinsamer Anstrengung haben Industrie und Senat erreicht, die Armut im Wohlstand zu vergrößern. Es wird bereits von einem regelrechten Hamburger Armutsgürtel gesprochen, der sich von Wilhelmsburg über Mümmelmannsberg und Billstedt bis zu Teilen von Rahlstedt, Barmbek, Eimsbüttel und Altona erstreckt. In diesem Armutsgürtel tummeln sich Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, sowie Kleinst-VerdienerInnen. Hamburg hat es geschafft, mit einer Arbeitslosenquote von 9,7% immer noch über dem Bundesdurchschnitt zu liegen. Die ca. 100.000 SozialhilfeempfängerInnen setzen sich hauptsächlich aus Kindern, Jugendlichen und Frauen zusammen.

Absolute Armutsspitzenreiter sind die Stadtteile St. Pauli, St. Georg und Billbrook. Hier beträgt die Arbeitslosenqote bis zu 55%.

Ca. 60.000 Wohnungssuchende, mit Wohnraum unterversorgte Menschen und Obdachlose gibt es in unserer attraktiven, auf Freizeit und Konsum ausgerichteten Vaterstadt.

Die Mieten sind in den letzten 2 Jahren um ca. 30% gestiegen. Die Hansestadt hat sich zu einem Eldorado für Immobilien- und Grundstücksspekulanten entwickelt.

HAMBURGS SANIERUNGSKONZEPT - SANFTE DURCHMISCHUNG ZUR ENTSCHÄRFUNG SOZIALER PROBLEME

Die extra dafür gegründete Stadtentwicklungsgesellschaft - kurz Steg genannt - hat bei der Realisierung des Programms: Yuppies und Schickies rein in die Innenstadtbereiche - Szene und alteingesessene Mieter raus - bereits beachtliche Erfolge erzielt. Wir wollen hier nicht die lange Reihe von Wohnraumvernichtung durch Abriß, Umwandlung in Büroraum oder Eigentumswohnungen für den gehobenen Bedarf aufzählen. Vielmehr wollen wir auf die großen Sanierungsaufgaben hinweisen, die uns noch bevorstehen: Schanzenviertel: "Rote Flora", Altona: Herthie Quarree, Hafenrandsanierung (einschließlich Hafenstraße), St. Pauli und vieles anderes mehr.

INNENPOLITIK - EINE WICHTIGE AUFGABE

Die Leistungen auf dem Gebiet der inneren Absicherung der Senatspolitik können sich sehen lassen.

Obwohl unsere Hansestadt schon immer die höchste Polizeidichte in Europa hatte, gelang es uns die Polizei in den letzten Jahren nochmals um 571 Beamte zu verstärken. Die technische Ausstattung der Polizei wurde erheblich verbessert. Vor allem im Bereich der Ausspähmethoden (Bespitzelung) verfügt die Hamburger Polizei über modernstes Know-how, das weit in die Intimsphäre der BürgerInnen hineinragen kann. Das neue SOG (Sicherheits- und Ordnungsgesetz) sorgt dafür, daß die Hamburger Beamten sorgen- und streßfrei alle Ermittlungsmöglichkeiten ausschöpfen können.

ASYLPOLITIK - EIN AUSHÄNGESCHILD HAMBURGS

Die steigende Anzahl der Asylanträge werden in der Hansestadt in rund 60 % aller Fälle im Eilverfahren bewältigt. Die Verfahrensdauer in Hamburg ist mit 2,8 Monaten kürzer als im Bundesdurchschnitt! Um ein ähnlich gutes Ergebnis bei der Abwicklung der Flüchtlinge zu erzielen, schlägt Innensenator Hackmann (SPD) vor, ein neues Flüchtlingsgesetz zu schaffen, das eine Einschränkung der Rechtsweggarantie beinhalten muß.

ÖKOLOGIE - OBERSTE PRIORITÄT DES SENATS

Aus der für ganz Europa wegweisenden Umweltpolitik der Hansestadt wollen wir nur einige High-Lights herauspicken:

- Nach 6 Jahren Untätigkeit wurde mit der Sanierung des Boehringer Geländes begonnen. Der einfachheithalber hat der Senat der Reinigungsfirma DEKONTA (eine 100 %ige Boehringer Tochter) nicht nur die Genehmigung zur thermischen Verwertung (Verbrennung) des belasteten Bodens erteilt, sondern auch für die Produktionsrückstände. Dadurch ist es gelungen, die giftigen Produktionsabfälle ohne großes Aufsehen in die gute Hamburger Luft zu verstreuen. Wir atmen also mehr Dioxin ein.

- Trotz der Aufnahme in die Hamburger Prioritätenliste des Flächensanierungsprogramms durch die Umweltbehörde, hat es der Senat geschafft, das Ausmaß der Belastung der "Altlast Baumacker" in Hamburg Eidelstedt geheim zu halten. Der Senat wird auch in Zukunft nichts unversucht lassen, eine zügige Bearbeitung des "Falles" und eine Offenlegung der Belastungssituation zu verhindern.

- Wußten Sie eigentlich, daß sich durch Hamburg die giftigste Straße Europas schlängelt? Es handelt sich um die Stresemannstraße mit 66.000 Fahrzeugen täglich!

HAMBURG - TOR ZUR WELT

In Hamburg gibt es nicht nur die meisten Konsulate im Vergleich zu anderen deutschen Städten. Als einer der wichtigsten Umschlagplätze für Rüstungsgüter verfügt die Hansestadt über ausgezeichnete Verbindungen in Krisengebiete und kann unbürokratisch und schnell internationale Hilfe leisten.

In Hamburg gibt es über 100 Rüstungsbetriebe. Die Stadt ist mit der Übernahme von MBB durch Daimler Benz jetzt direkt an einer Rüstungsfirma beteiligt, der Deutschen Aerospace (DASA). Diese Firma beschäftigt sich mit Weltraumforschung und -technik, Satelliten, Technik für Kampfflugzeuge und Raketen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Senat außerordentlich, daß alle hochqualifizierten militärischen Einrichtungen der Bundeswehr, wie die Bundeswehruniversität, die Bundeswehrführungsakademie, sowie das Bundeswehrkrankenhaus der Stadt erhalten werden konnten. Es ist dem Senat außerdem gelungen, den Truppenabbau so gering wie möglich zu halten: Von 6.800 auf 4.300 Mann.

Wir sind der Meinung, daß diese Leistungen gebührend befeiert gehören. Wir fordern alle Hamburger BürgerInnen auf, den arbeitsfreien 3. Oktober als ersten deutschen Nationalfeiertag mit uns gemeinsam zu begehen. Die Freie Hansestadt Hamburg kann sich rühmen, eine weltoffene Stadt zu sein. Reichen wir allen Fremden die Hand!

Der Senat ruft zu interantionalistischen und antirassistischen Aktivitäten auf!

Die "Hurra Deutschland" - Nein Danke! - Demo findet am 3.10. 91 um 12 Uhr statt.

Treffpunkt: Bieberhaus, Ausländer-Behörde

"Auf ins Offene? Achtung: Sackgasse!"

Die Vielzahl an Wende-Papieren, mit denen sich die radikale Linke in der BRD seit Monaten auseinanderzusetzen hat, wurde Anfang des Jahres um einen *"Beitrag zur Debatte mit den Gefangenen und der RAF"* ergänzt. *"Auf ins Offene!"* von Hanna Cash fand eine relativ große Verbreitung. Als Resonanz hat dieser Text bisher Kritik-Papiere aus Hamburg und Berlin hervorgerufen. Öffentliche Zustimmung fand Hanna Cash zwar kaum; gleichwohl dürften ihre Positionen im aktuellen Klima eines neuen Revisionismus auf offene Ohren stoßen. Wir halten es deshalb für erforderlich, die bisher vorgetragene Kritik um einige Aspekte zu ergänzen.

Auch wenn sie es bestreitet, Grundlage ihres Beitrags ist: Aufgabe einer revolutionären Perspektive! Festzumachen ist dies einerseits an den Begründungen für ihre Forderung, die RAF solle ihre *"Hinrichtungsaktionen"* aussetzen, andererseits an dem von ihr vorgeschlagenen Wertekatalog für eine Neuorientierung der Linken, der zurückfällt auf die Ideologie der bürgerlichen Revolution.

Hanna Cash im Schnelldurchlauf

Hanna Cash erörtert in ihrem Beitrag Bedingungen und Mittel für die Erreichung des Ziels "Zusammenlegung der politischen Gefangenen!" Ausgehend von der Prämisse, die Haftbedingungen wären abhängig von *"Legitimationsmöglichkeiten staatlichen Handelns"*, fordert Cash: *"die RAF setzt ihre Hinrichtungsaktionen zumindest vorläufig aus und gibt das öffentlich als eine politische Erklärung bekannt. Damit würden dem Staatsschutz Legitimationsmöglichkeiten für seinen Terror gegenüber (einzelnen) Gefangenen genommen."* Die Einstellung der Aktionen sei auch deshalb kein besonderer Verlust bzw. nötig, da sie *"schon lange nicht mehr politisch zu vermitteln"* seien. Die fortgesetzten *"Hinrichtungsaktionen"* könnten revolutionärer Politik keine Perspektive und Orientierung geben.

Cash bemüht sich im folgenden, ihren Vorschlag von der Strategie der *"Lochte-Linie"* und dem sogenannten *"Verhandlungsangebot der Bundesregierung"* abzugrenzen. Denn beide setzen in ähnlicher Weise die Haftbedingungen in ein Verhältnis zu den Aktionen der RAF. Hoffe mensch auf Lochte, so ihre Kritik, würde alles dem Staatsschutz überlassen. Die Bundesregierung verlange *"Kapitulation"*, was - so Cash - eine *"Demoralisierung für alle Menschen bedeute(n), die die Hoffnung auf Veränderung noch nicht aufgegeben haben."* Mit ihrem Vorschlag dagegen würden wir *"die politische Initiative auch in einer Situation der Niederlage ... behalten."*

Der Schutz für die Gefangenen müsse dann *"von einem Großteil der 'sozialen' Gefangenen und von uns draußen politisch durchgesetzt ... werden."* Wie das gehen soll, umreißt Cash in einem mit *"Perspektiven"* überschriebenen Schlußkapitel. Für zentral erachtet sie die thematische Trennung des Kampfes um Freilassung und bessere Haftbedingungen von einer Neubestimmung der Politik der RAF. Dies sei nötig, um *"Konfusionen"* in der Bündnisarbeit zu vermeiden: *"Die Frage der Haftbedingungen muß endlich von uns einen eigenständigen politischen Stellenwert - unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla zugestanden bekommen."* Die *"Menschenrechte"* müßten in den Mittelpunkt der Argumentation gerückt werden. Dies sei überhaupt *"in Zukunft ein Prüfstein für den Erfolg jeder revolutionären Politik"*. Schlüsselbegriff für einen linken *"Normenkatalog"* soll werden *"die Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen."*

Diese Argumentation ist nicht neu. Sie ist uns während des letzten Hungerstreiks begegnet und wir waren bereit, mit den Kräften zusammenzuarbeiten, die diesen Standpunkt vertreten. Wir sollten die dahinterstehende Verzweiflung über die Lage der Gefangenen ernst nehmen, also die Menschen ernstnehmen - und ihnen unsere Sicht der Dinge entgegnen.

Die demokratischen Traumtänzereien der Frau Cash

Schon mit ihrer Prämisse sitzt Cash einem durch und durch bürgerlichen Politikversprechen auf: Staatliches Handeln brauche Legitimation. Das hat vielleicht gestimmt, solange die bürgerliche Gesellschaft ihre Interessenkonflikte tatsächlich oder vermeintlich noch "politisch" regelte, also vielleicht bis 1914. Aber seitdem? Legitimation im Sinne Hanna Cashs wird beliebig geschaffen, ist nicht mehr Voraussetzung, sondern Begleitmusik staatlichen Handelns. Im Kern reduziert sich Legitimation inzwischen auf das staatliche Gewaltmonopol.

Ein Kräfteverhältnis, das für die Durchsetzung dieser oder jener Forderung günstig oder ungünstig ist, stellt sich gleichfalls nicht - wie H.C. zu meinen glaubt - über öffentliche Meinung her, also im Streit der Argumente oder im Gemenge der Emotionen. In Fragen, die uns interessieren, bestimmt sich Kräfteverhältnis als Stand der Entwicklung der Klassenkämpfe (im umfassenden Sinn als anti-kapitalistisch, anti-patriarchalisch und anti-rassistisch). Und als solches ist es in der Tat gewichtig für den staatlichen Umgang mit politischen Gefangenen. D.h.: Eine interventionsfähige revolutionäre Linke, die sich nicht abstrakt übers Menschenrecht zu den Gefangenen verhält, sondern in ihnen die eingekerkerten GenossInnen sieht, wäre der beste Schutz für die Gefangenen.

Der Stand der Klassenkämpfe aber kann uns in der Tat nicht froh stimmen. Die radikale Linke in der BRD bewegt sich zu Beginn der 90er Jahre am Rande der Bedeutungslosigkeit. Gesellschaftliche Verankerung oder soziale Verwurzelung ist praktisch nicht vorhanden, es fehlt fast jeder Ansatz von Gegenmacht. In der Tat eine Situation, in der die Zusammenlegung oder gar Freilassung der Gefangenen nur als Staatsschutz-Strategie oder Gnadenakt möglich scheint. (In der Tat eine Situation, in der an den Gefangenen Exempel statuiert werden, weil in ihrem Kampf um Zusammenlegung und Freiheit einer der wenigen Kristallisationspunkte für die Neuorientierung einer gesellschaftsverändernden Linken aufscheint.) Also: Freilassung gibt's vielleicht als Gnadenakt in Einzelfällen, Freiheit aber gibt's nur, wenn eine Linke in der BRD die Voraussetzungen schafft, gesellschaftliche Gegenmacht entwickelt, die Idee von "Befreiung/Emanzipation" nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet, sondern von uns auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Zu Bedingungen und Aufgaben der Linken

Zugegeben: Aktuell deutet kaum etwas darauf hin, daß wir in diesem Jahrhundert in der BRD dahin kommen. Aber die Bedingungen, die für das Kräfteverhältnis konstituierend sind, verändern sich: Die Modernisierungsphase des Kapitals hat ihre Kehrseite nicht nur in Verarmungsprozessen für Teile der Bevölkerungen (und dem fortwährenden Sterben im Trikont). Sie mündet gleichzeitig in einer "Sinnkrise" der bürgerlichen Gesellschaft: Die Gestaltung ihrer Lebenswelt, also was Politik im Kern ausmacht, sehen Menschen wahrnehmbar zu reiner Verwaltung verkommen. Der Konsens von

Herrschenden und Beherrschten trägt noch, aber der dünne ideologische Faden, der Gesellschaft und Staat zusammenhält, ist enormen Belastungen ausgesetzt. Es zeichnet sich ein Vakuum sozialer und politischer Ideen ab, das eine revolutionäre Linke durch neue Zielbestimmungen (auch als identitätsstiftende Kraft) füllen müßte. Was Brückner (hier nur stellvertretend für andere zitiert) 1972 als geschichtliche Aufgabe so einforderte, hat durch das Auf und Ab diverser sozialer Bewegungen ja nichts an Gültigkeit verloren: *"Wenn eine soziale Ordnung, die wir als Bedingung unseres Lebens vorfinden, Überleben und geschichtliche Errungenschaften nicht mehr sichert, sondern in eine Bedrohung des Überlebens wie der Errungenschaften verkehrt, wenn Leben, Denken, Hoffen, Lieben ... gleichsam mürrisch in ihrer Haut werden und ihre Lebenstätigkeit sich zu vielen entfremdet, dann bilden sich großflächig gesellschaftliche Bewegungen, Unruhezustände aus, deren Potential dem Sog der Regression entrissen und planvoll in Richtung auf die nun geschichtsangemessene, emanzipatorische Zukunft gewendet werden muß."*

In diesen emanzipativen Zusammenhang, der sozialem Sinn und Politik von unten zum Durchbruch verhelfen will, ist auch das Zusammenlegungsprojekt der Gefangenen integriert. Karl-Heinz Dellwo hat den Kern der Zusammenlegung so bestimmt: *"... uns den gesellschaftlichen raum zu schaffen, den wir für die weiterentwicklung unseres aufbruchs brauchen. gegen dieses system ohne lebenssinngibt es nur da hoffnung, wo wir von unseren bestimmungen aus den totalitätsanspruch des kapitals durchbrechen."*

Also: Wer den Kampf der Gefangenen um Zusammenlegung und Freiheit aus seinem emanzipativen Kontext löst, kann zwar die Frage des "Kräfteverhältnisses" auf ein Problem der öffentlichen Meinung reduzieren. Als Bestandteil des Kampfes um Befreiung aber ist die Durchsetzung dieser Forderungen eben abhängig von der Stärke des Lagers der Emanzipation. Das "Kräfteverhältnis" in diesem Sinne verbessern, heißt die oben skizzierten Aufgaben in Angriff nehmen.

Hanna Cashs Staat und seine pawlowschen Reflexe

Pragmatisch versucht Hanna Cash die "Aktionen der RAF" auch unter dem Gesichtspunkt des direkten Schadens oder Nutzens für die Gefangenen zu diskutieren. Bewaffnete Aktion - so ihre Meinung - fordere den Staat aufs Schärfste heraus und setze die Gefangenen seinen "Racheaktionen" aus. Auch deshalb soll die RAF ihre "Attentatspolitik" beenden.

Hanna Cash sitzt dabei ganz offensichtlich zwei Illusionen auf. Zum einen: Die Politik der RAF bestimmt sich nicht von der Situation der Gefangenen her. Natürlich bezieht sich Guerilla auf ihre Gefangenen, aber diese Frage darf nicht im Zentrum ihrer Politik stehen. Es gibt keine "Befreit die Guerilla - Guerilla". Zum andern: Frau Cash begreift als quasi Reiz-Reaktions-Mechanismus, was im Kern Klassenkampf ist. Sie verschleiert, daß Staat auch losgelöst von "Legitimation" präventive Strategien ausübt. Daß sich der Apparat mit Hilfe einer willfährigen Presse jederzeit die nötige Legitimation beschaffen kann, ist in der durch die Bundesanwaltschaft gesteuerte Medienkampagne in den letzten Monaten deutlich genug geworden.

Die Hoffnung, daß sich die Situation der Gefangenen - für den Fall der Aussetzung der Aktionen der RAF - gravierend verbessert, ist trügerisch. Klar: Primäres Ziel des Apparats ist, über die Gefangenen den bewaffneten Kampf weg kriegen. Als "Geiseln" sollen ihm die Gefangenen zur Demonstration der These dienen: Der Kampf der Kräfte der Emanzipation ist sinnlos, Widerstand unmöglich. Deshalb sein Interesse, die Gefangenen "kleinzukriegen" und über die Isolation in die Unterwerfung, das "Abschwören" zu zwingen. Gegenüber den Gefangenen ist diese Strategie gescheitert. Wenn dennoch der Versuch nicht abgebrochen wird, so vor allem deshalb, weil er offenbar draußen Wirkung zeigt. Das ist die "präventive Wirkung" der Isolationshaft. Daß uns draußen also beim Gedanken an Knast die Angst in die Knochen fährt, das ist der z.Zt. aus staatlicher Sicht nützlichste Aspekt des "Geiselstatus".

Unterm Strich ist Hanna Cashs eingeforderte *"politische Initiative"* nichts anderes als die vom Staat gewollte Kapitulation. Auch sie will über die Gefangenen den bewaffneten Kampf wegbekommen. Ihre Hoffnung ist, daß Aufgabe und Rückkehr in die Scheinwelt bürgerlichen Humanismus' vom Staat honoriert werden könnte.

Hannas Reise in die Vergangenheit

Es geht nicht nur um Taktik, wenn Hanna Cash fordert, die Frage der Haftbedingungen von der Diskussion um die Neubestimmung revolutionärer Politik zu trennen. Die Frage der Haftbedingungen sollen einen *"eigenständigen politischen Stellenwert - unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla"* zugestanden bekommen. Mit der *"Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen ... würden sich viele und ganz neue Bündnisfelder erschließen."*

In der Konsequenz bedeutet dies, die Gefangenen zu dem zu machen, was auch der Apparat permanent und vergeblich versucht, zu Objekten. Ihre Situation aber ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der revolutionären Front. Wer das auflösen will, betreibt die Isolation der Gefangenen.

Der von Hanna Cash aufgeworfene Werte-Katalog führt nicht *"ins Offene"*, sondern ist eine Reise in die Vergangenheit. Es sind die auf dem Boden des Kapitalismus nichtrealisierbaren Werte der bürgerlichen Revolution. Mit einer solchen perspektivlosen alternativen Verfassungsdiskussion ist uns nicht gedient. Agnoli hat mal sehr richtig geschrieben, daß Ziel der Emanzipation sei *"die Garantie der Abschaffung der Herrschaft (und nicht bloß die Verteidigung der Menschenrechte, die Herrschaft voraussetzt)."*

Hanna Cashs Schlüsselbegriff "Existenzrecht" ist aktuell nicht mehr als eine schöne Phrase. Der Imperialismus erklärt eine Mehrheit der Weltbevölkerung zu unnützen Essern, konkret: das Sterben von 40.000 Kindern täglich an Hunger und seinen Folgekrankheiten. Wer würde diesen Zustand nicht gern ohne Blutvergießen beenden, doch es ist evident, daß die Profiteure dieser (Un-)Ordnung nicht mit sich reden lassen.

Freiheit gibt's nur im Kampf um Befreiung

Die Neubestimmung revolutionärer Politik und die Neuformierung der revolutionären Linken geschieht - wenn überhaupt - nicht im luftleeren Raum. Dabei liegen die zentralen Schwierigkeiten weniger darin begründet, ob die RAF Aktionen macht oder nicht. Die bewußtlose Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Leben hier, was uns auf der andern Seite die Luft zum Atmen, sprich zur befreienden Theorie und Praxis zu nehmen scheint: Das ist eine Bedingung, die uns lähmt.

Daß auch die RAF diesen Konsens von Herrschenden und Beherrschten nicht aufgebrochen hat, ist offensichtlich und macht nach selbstgestellten Kriterien ihre Erfolglosigkeit aus. Deshalb steht natürlich auch die Politik der RAF zur Diskussion. Aber das ist doch auch für die Gefangenen und die Kommandos längst kein Tabu-Thema mehr. Nur diese

Diskussion darf nicht RAF isoliert auf dem Prüfstand stellen - sie macht nur Sinn unter Einschluß aller Bemühungen der vergangenen 20, 25 Jahre zu radikaler gesellschaftlicher Veränderung. Die Erfolglosigkeit unserer Bemühungen läßt sich nicht durch die "Abwicklung" des Projekts bewaffneter Metropolenguerilla verschleiern. Etliche politische Gefangene haben dies besser begriffen und formuliert, als es uns draußen offenbar möglich war. In ihrer Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks schrieb Eva Haule: "*Wir machen nicht mehr weiter wie bisher: aus der totalen Vereinzelung und ohne Möglichkeit zur Kommunikation unter uns. Das ist eins. Das andere ist: die Notwendigkeit der politisch-inhaltlichen Diskussion mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und innerhalb des Spektrums des Widerstands ist im Verlauf des Hungerstreiks total deutlich geworden. Die Arbeit und Auseinandersetzung für die Grundlagen und konkreten politischen Inhalte einer wirklich verändernden Politik - das alles liegt als Herausforderung auf dem Tisch. ... Es gibt nichts anderes, als jetzt die Diskussion zu beginnen, dafür die Menschen/Gruppen zusammenzubringen, die eine grundsätzlich andere gesellschaftliche Realität wollen, sie mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen respektieren und ernst nehmen; den ganzen Unsinn, der diese Diskussion blockiert, einfach mal liegenzulassen und über Inhalte zu sprechen - für die Entwicklung einer politischen Kraft, die in der Lage ist, sich, die menschlichen Ziele gegen diesen technokratisch-faschistischen Apparat durchzusetzen, den die kapitalistische Macht hier und in Westeuropa aufrichten will. Es gibt nichts anderes, denn die Fragen stellen sich zwingend überall: Wie können die Interessen der Menschen gegen diese Macht durchgesetzt werden? Wie ist das tatsächlich möglich zu erreichen, was als brennende Notwendigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen hier wie international spürbar ist? Wie sehen die Wege und Perspektiven aus? Zu Lösungen für diese Fragen zu kommen, kann nur das Ziel der Diskussion sein. Sie muß, und ich glaube, sie kann jetzt von allen solidarisch zusammen geführt werden, die sich darin einig sind. Jeder wird gebraucht mit seinem Wissen, Erfahrungen, Vorstellungen. Das ist und verlangt eine andere Haltung und Herangehensweise in den Auseinandersetzungen als bisher. Nicht Abgrenzungen, hohle Parolen, ideologische Modelle ... stehen im Zentrum, sondern die Menschen. Ihre Gedanken, ihre politische Aktion - allein daraus können Lösungen kommen.*" Der Beitrag der RAF in dieser Diskussion ist u.a. ihre Erfahrungen im und mit dem bewaffneten Kampf. Ihr Beitrag sei, so Eva Haule, bewiesen zu haben, daß es geht: "*die neu entstehende revolutionäre bewegung kann aus dem selbstbewußtsein kämpfen, daß sie immer alle mittel hat (und braucht) für ihre ziele. daß das möglich ist, dafür hat unser kampf in den ganzen jahren mit die grundlage geschaffen, und es ist jetzt immer 'nur' die entscheidung, wie und wann - also mit welchen präzisen bestimmungen im und für den umwälzungsprozeß die mittel eingesetzt werden.*"

Unser Problem ist aktuell gleichwohl, daß wir zuwenig Mittel zur Hand haben. Aus dieser Problemlage heraus gewinnen die Aktionen der RAF eine die Diskussion derart bestimmende Dominanz. Bewaffneter Kampf kann sich aber nur im Kontext mit anderen emanzipatorischen Bemühungen erfolgreich entwickeln. Zentral geht es darum, den gesellschaftlichen Raum für die Weiterentwicklung des Aufbruchs zu schaffen. D.h. auch, die Suche und Entwicklung neuer Lebens-, Arbeits- und Kampfformen wieder aufzunehmen und voranzutreiben. Dabei, ganz klar, darf es nicht um Emigrationsnischen gegen die innere Kolonisation gehen (Subjektivismus). Neue Subjektivität: das wäre der "im kollektiven Zusammenhang sich entwickelnde Prozeß der Aufhebung der Entfremdung im Kampf" (Sigurd Debus). Sigurd Debus hat den privilegierten und einzigen Ort hierfür in der Guerilla gesehen. Der Prozeß kann dort (muß aber nicht, wie die DDR-AussteigerInnen zeigen) eine Beschleunigung erfahren. Und es war vielleicht in den 70er Jahren die einzige Möglichkeit. Leben gegen den Dreck allerdings weiterhin im Spannungsfeld legal/illegal zu polarisieren, scheint fragwürdig. Jeder emanzipative Kampf gegen Herrschaft wird von dieser, wo er nicht aufgesogen werden kann, illegalisiert. Und: Antizipation muß mehr umfassen als ein Aufscheinen der Machtfrage. Engels beschrieb Revolution als kollektiven Lernprozeß unter beschleunigten Bedingungen, an dessen Ende die Machtfrage gestellt werden könne. An den Bedingungen zu arbeiten und den kollektiven Lernprozeß zu organisieren, ist mithin zentrale Aufgabe. D.h.: Antizipation befreiter Formen zwischenmenschlichen Verkehrs. Karl-Heinz Dellwo: "*der vorgriff des aufhebungszustandes ist der nach tauschwertfreien verhältnissen und zonen.*" Oder Johannes Agnoli: "*Neue Perspektiven ergeben sich aus Prozessen und Erfahrungen, die zuweilen nicht ohne Härte sind und die sich nur im Kampf gegen die Formen praktisch entwickeln, die es zu überwinden und zu stürzen gilt.*"

In diesem Zusammenhang ist vielleicht der Verweis auf die soziale Qualität "befreiter Gebiete" hilfreich, wie sie die Frankfurter LUPUS-Gruppe mal mit Blick auf Lateinamerika beschrieben hat: "*Sie sind der lebendige Beweis einer Gegengesellschaft, in der die Menschen bereits heute - in Ansätzen - das leben und verwirklichen, was morgen erst gesellschaftlich erkämpft werden kann. (...) Die Existenz solcher Orte der Gegenmacht, die Erfahrung und Gewißheit, daß es möglich ist, selbstbestimmt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu leben, sind viel explosiver als jede Bombe, viel überzeugender als die vielen, leeren Absichtserklärungen auf die Frage: Wofür kämpft ihr?" Symphatie für und Hoffnung in das Andere würden sich in einem langwierigen, alltäglichen Kampf ergeben.* Und auf die BRD bezogen argumentieren die GenossInnen weiter: "*Hier ist und wird es nicht anders sein: auch hier sitzt die Angst vor 'Anarchie und Chaos' tiefer, als die Angst vor einem ungelebten, versargten Leben. Jede revolutionäre Bewegung hier wird sich das Vertrauen selbst schaffen müssen. Und da es auf absehbare Zeit in der Brd keine exterritorialen, 'befreite' Gebiete geben wird, müssen andere Wege gefunden werden, die Keime einer neuen Gesellschaft sichtbar zu machen. Die Strukturen dieser Gegenmacht werden jedenfalls innerhalb dieser Gesellschaft liegen, ein 'außerhalb' wird es in der allseitig-erschlossenen Brd nicht geben. Umso wichtiger wird hier die Waffe des eigenen Beispiels sein, umso entscheidender wird es sein, Strukturen von Gegenmacht innerhalb und über soziale Bewegungen hinaus dauerhaft zu entwickeln.*" Nach einer kurzen Analyse, die eine Totalität des Warenverhältnisses behauptet, werden sie etwas genauer: "*Ein Befreiungskampf also, der sich auf die ökonomische und militärische Gewalt fixiert, verharrt und beharrt auf eine historische Entwicklung, die das Kapital in den Metropolen längst qualitativ überschritten hat. Ein Befreiungskampf hier würde in einem viel stärkeren Maße bedeuten, die soziale Identität, Kultur und Lebensräume und -zusammenhänge zurückzuerobern bzw. neu zu entwickeln.*" Das wäre vielleicht der Boden, auf dem sich radikale Bedürfnisse entwickeln, die dann Antriebskraft für gesellschaftliche Transformation werden.

Wenn dies alles wenig konkret, wenig faßbar erscheint, so deshalb weil es eben nicht oder kaum Bestandteil unserer Kämpfe, unseres Alltags ist.

AK (Drinnen und) Draußen Celle

Projektgruppe Knastausstellung

Entstanden ist der Gedanke, eine Knastausstellung zu machen, Mitte Februar. Die UNFASSBA-Redaktion hatte im Umweltzentrum einen Ordner mit vielen Briefen, Zeichnungen und Gedichten hinterlegt, den sich dann verschiedene Leute angesehen haben, die im Umweltzentrum arbeiten. Ohne den anscheinend regen Knastbriefwechsel der UNFI wäre dieses Projekt also garnicht erst in die Gänge gekommen.

Nun, der Ordner ging rum oder vielmehr wurde eine Weile herumgezeigt, und es kam eine Gruppe von Menschen zustande, die mit den Zeichnungen, Briefen, Texten von Gefangenen eine Ausstellung in Münster organisieren wollte. Alle haben schon vorher in Münster politisch gearbeitet (im Unibereich und/oder in autonomen Zusammenhängen), einige von uns auch zum Thema Repression.

Vermitteln wollen wir: Knäste gehören abgeschafft! Die Gründe dafür sind zahlreich und offensichtlich - wenn mensch erstmal angefangen hat, sich mit dem Thema Knast auseinanderzusetzen. Knäste verhindern keine "Kriminalität" (wozu wir bestimmt nicht Schwarzfahren oder Kaufhausklau zählen). Sie machen die Gesellschaft weder freier noch sicherer. Im wesentlichen dienen sie der Aufrechterhaltung des Privateigentums; wer sich anschaut, wofür die meisten Menschen im Knast sind, wird das leicht erkennen können (so sind z.B. in NRW 56,9 % der Gefangenen wegen "Eigentumsdelikten" eingeknastet). Der angebliche Anspruch der "Resozialisierung" ist angesichts der tatsächlichen Verhältnisse ein Hohn - außerdem verbirgt sich hinter diesem Kampfbegriff von OrdnungsfanatikerInnen und SozialingenieurInnen nur die Anpassung an die repressive Gesellschaft draußen, das Aufgeben von Widerstand; diese Ziele werden im Knast z.T. mit brutalen Methoden verfolgt. Hinter der "Resozialisierung" steht nicht der Wunsch christlicher Nächstenliebe, Menschen zu helfen, *"fähig zu werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen"* (§ 2 StVollzG), sondern Strafe und Dressur im Interesse des Kapitals, Aussonderung nach Kriterien der Verwertbarkeit. Der Umstand, daß die wirklich Kriminellen - diejenigen, die die Ausbeutung und das Elend von ganzen Völkern organisieren, um sich dadurch zu bereichern, nicht in den Knästen sitzen, sagt schon einiges über die Funktion von Knästen aus. Wir sehen im Knast die konsequenteste Durchsetzung kapitalistisch-patriarchaler Herrschaft, die auf Gehorsam statt auf Eigenständigkeit, auf Spaltung und Isolation statt Solidarität, auf Knast statt Freiheit setzt.

Bei der Diskussion um das Wie, das Wann und Warum dieser Ausstellung kamen uns noch andere Ideen. Warum zum Beispiel sollte diese Ausstellung nur in Münster laufen? Was passiert nach der Ausstellung mit den eingeschickten Sachen? Wie wollen wir mit den Gefangenen zusammenarbeiten?

Wir versuchen, möglichst regelmäßige Briefkontakte zu Gefangenen aufzubauen und sie nicht nur über das zu informieren, was wir in Diskussionen besprochen haben, sondern sie in diese Diskussionen miteinzubeziehen, um zu gewährleisten, daß das Projekt ein gemeinsames Projekt von allen Beteiligten (und die Gefangenen sind die Hauptbeteiligten, denn um sie soll es gehen und sie sollen zu Wort kommen) ist. Wir hoffen, daß wir das hinkriegen - schließlich fangen wir grade erst an. Ein Problem ist, daß wir wegen der Postzensur keine vernünftige Diskussion führen können bzw. mit radikaler Knastkritik vorsichtig sein müssen, weil unsere Post sonst nicht reinkommt.

Bis jetzt haben wir Kontakte zu über 30 Menschen im Knast, was uns freut. Wir wären erheblich erfreuter, wären auch einige Frauen darunter - bis jetzt hat uns nur eine einzige Frau geschrieben. Alle Frauen in BRDDRdoitschen Knästen wollen wir hiermit nochmal bitten, uns ihre Sachen (Gedichte, Tatsachenberichte, Bilder, Geschichten, was auch immer) zuzuschicken. Auch die, die die UNFASSBA im Knast ausgehändigt bekommen, können ja mal Mitgefangene, die zeichnen oder schreiben, auf uns aufmerksam machen.

Über Hilfe und solidarische Kritik von anderen Knastgruppen würden wir uns freuen; die Knastinis, von denen wir Adressen hatten, haben wir angeschrieben und über unser Projekt informiert. Wer Interesse hat, soll sich beteiligen! Von den Knastinis erwarten wir aber auch praktische Hilfe: z.B. wäre es nicht schlecht, wenn zu einzelnen Themen (s.u.) ReferentInnen von auswärts kommen könnten, die zu dem Thema kompetent sind.

Die Texte und Bilder, die wir gesammelt haben, setzen sich mit den unterschiedlichsten Themen auseinander. Thema muß nicht immer Knast sein, gefragt sind genauso Texte oder Bilder, die sich mit anderen Themen bechäftigen. In vielen schlagen sich aber die Knasterfahrung und die Auswirkung des Eingesperrtseins auf die Menschen nieder.

Die Ausstellung soll nicht nur hier in Münster und nicht nur einmal laufen, sondern wir fänden es gut, wenn wir in Zusammenarbeit mit anderen Knastgruppen eine Wanderausstellung organisieren könnten, die in möglichst viele Städte und Regionen gehen sollte - wir halten die Sachen, die wir bisher zugeschickt bekommen haben, für so gut, daß sie möglichst vielen Menschen zugänglich gemacht werden sollten. Bisher hat aber leider keine Gruppe geantwortet (rühmliche Ausnahme: Köln, Rosarote Knasthilfe. Danke für die "MAUER"!). Hallo Leute - seid ihr so beschäftigt?!?

Mit der Ausstellung verbinden wir hier in Münster übrigens auch eine Veranstaltungsreihe mit Infos zum Knastalltag und zu verschiedenen Teilbereichen des Themas Knast. Bis jetzt haben wir an Themen für solche Veranstaltungen: *Vollzugskonzepte, Knastarchitektur, Frauen/Lesben im Knast, "Normal"vollzug und Sonderhaftbedingungen, "AusländerInnen" im Knast, Knast und AIDS, Knast und Psychiatrie, die 90er Knastaufstände und ihre Folgen, Europa '92 und die Vereinheitlichung der Repression, Kommunikation und Zensur im Knast,...* Ende offen. Wir hoffen, mit unserem Projekt der gegenwärtigen Verblödung auf allen Ebenen und dem kranken Bild, das die meisten Leute hier von Gefangenen haben, wenigstens ein bißchen entgegenwirken zu können und bei einigen Menschen Interesse für die Situation der über 60.000 eingeknasteten Menschen in diesem Land (und anderswo) zu wecken. So ist z.B. die Tatsache der völlig mies entlohnten Zwangsarbeit im Knast (bei Strafgefangenen) ziemlich unbekannt.

In dieser kurzen Zusammenfassung konnten wir viele Punkte, über die bei uns Diskussionen geführt werden (z.B. über das eigene Verhältnis zu Vergewaltigern, über Alternativen zum Knast, über mögliche Aktionstage,...), nicht mal anschneiden. Aber wir hoffen auf einen intensiven Briefwechsel mit allen Interessierten. Schreibt doch mal der

Projektgruppe Knastausstellung
c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
4400 Münster,

die hofft, mit dieser kleinen Zusammenfassung ein bißchen rübergebracht zu haben, wer wir sind und was wir vorhaben.

Ergänzung der Frauen der Projektgruppe:

Ausgehend von der Selbstdarstellung der gemischten Projektgruppe Knastausstellung wollen wir als Frauen in der Vorbereitungsgruppe einen eigenen Standpunkt entwickeln.

In der Regel bezieht sich Knastarbeit/-kampf fast ausschließlich auf die Situation von *Männern*, was sich auch *deutlich* (!!!) in der Arbeit an der Ausstellung zeigt: Bis jetzt haben wir nur Bilder, Gedichte, sonstige Texte aller Art etc. von Männern. Weil wir aber auch die spezielle Situation von Lesben und anderen Frauen in Knästen thematisieren und darstellen wollen, brauchen wir unbedingt noch Material..!!

In Hoffnung auf baldige (!) Antwort, auch aus der Ex-DDR, mit kämpferischen Grüßen,

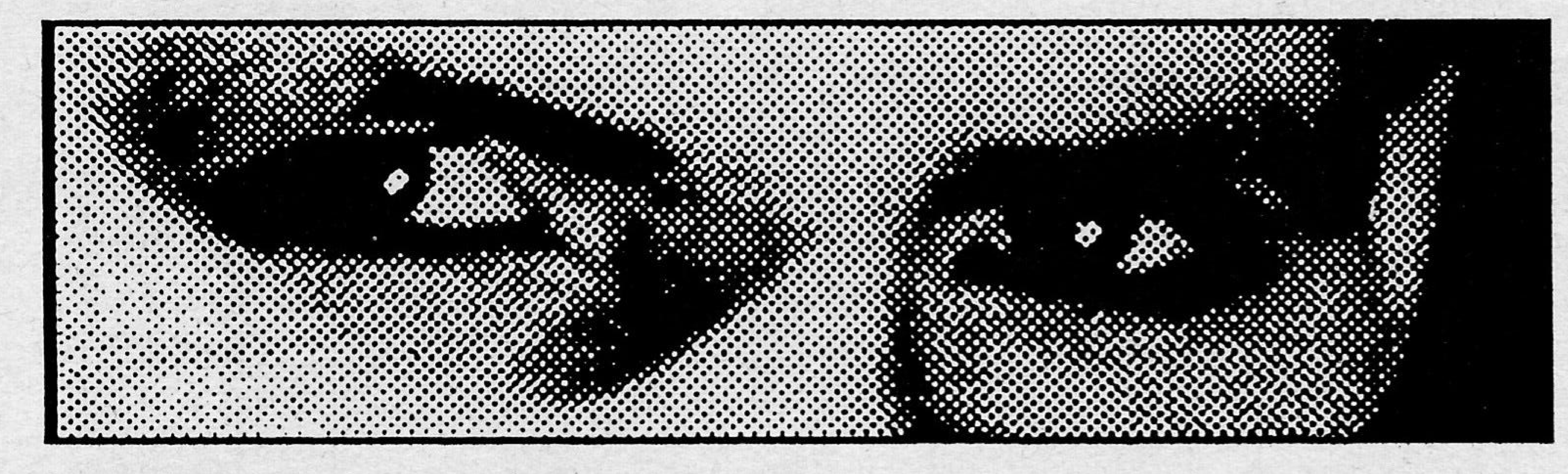
die Frauen der Projektgruppe Knastausstellung

Ein Nachsatz an die Knastgruppen: Leitet unsere Adresse und diesen Aufruf bitte an euch bekannte Frauen/Lesben im Knast weiter!!

PS.: Der übliche Bettelbrief - wir haben horrende Portokosten und finanzieren uns nur über (reichlich mickrige) Spenden. Wer n paar Mark über hat, möge sie einzahlen auf das Konto der

Schwarz-Roten Hilfe
Stichwort: Ausstellung
Kto.-Nr. 282052-468
Postgiroamt Dortmund
BLZ: 440 100 46

Schönen Dank im voraus. Wer bei uns mal reinschneien will: Wir treffen uns jeden Montag um 16.00 Uhr bei der Fachschaft Politik, Scharnhorststr. 103, in Münster. Tel.: 0251/833303, Montags 16-18 Uhr.



Diskussionspapier zur Autonomen Organisierung

Für immer mehr Menschen des autonomen Spektrums stellt sich die Frage nach weiterführenden Perspektiven in der politischen Arbeit.

Bei Kampagnen, Aktionen und Treffen, ebenso in der Auseinandersetzung mit eigenen Inhalten und Strukturen, wird häufig fehlende Kontinuität und Verbindlichkeit innerhalb des autonomen „Daseins" beklagt. Ein Minimum an politischer Kontinuität wird zumeist von einzelnen Leuten getragen. Hinzu kommt, daß nur noch wenige GenossInnen aus Zeiten starker autonomer Bewegungen politisch aktiv sind.

Die bruchstückhaften Auseinandersetzungen mit der Geschichte und den Inhalten der autonomen Bewegung haben zwar verschiedene Gründe der derzeitigen Schwäche ans Licht gebracht, bis heute daran aber kaum etwas verändert.

Als politisch relevante Bewegung gibt es uns seit einigen Jahren fast nicht mehr, aus der öffentlichen Diskussion und den Massenmedien sind wir weitgehend verschwunden.

Blick zurück

Mit dem Niedergang der K-Gruppen, die bis Ende der 70er Jahre das außerparlamentarische Bild bestimmten, entwickelte sich Anfang der 80er Jahre aus Widerstandsfeldern, wie z.B. aus der Anti-AKW-Bewegung und dem Häuserkampf die autonome Bewegung.

Die autonome Bewegung war dadurch gekennzeichnet, daß sie der BRD als imperialistischen Staat den Kampfansagte, vor allem auch mit dem Mittel der Militanz.

Im Gegensatz zu den stark hierarchisch organisierten K-Gruppen, deren Zielgruppe die ArbeiterInnen in den Betrieben waren, lehnten Autonome Parteien oder vergleichbare Organisationsstrukturen ab, da die Befreiung des Menschen unmittelbar erkämpft werden sollte, ohne hierarchische Strukturen oder Organisationsformen, die solche entstehen lassen könnten.

Die Leute waren in die Idee verliebt, durch das Zusammenleben in besetzten Häusern und den gemeinsamen Kampf gegen imperialistische Großprojekte wirkliche Veränderungen herbeizuführen, was einen Großteil der Kraft der Bewegung ausmachte. Hoffnungen auf Veränderungen auch deshalb, weil das Interesse an der Umsetzung militanter, linksradikaler Politik längere Zeit weit über den autonomen Teil der Basisbewegungen hinausging und autonome Politik als politischer Faktor im Interesse einer großen Öffentlichkeit stand.

In den Häusern entstanden durch das Zusammenleben Gruppen. Darüberhinausgehende Organisationsstrukturen wurden nicht geschaffen.

Der BRD-Staat reagierte auf diese Bewegungen mit verschiedenen Konzepten.

Durch die Räumung vieler besetzter Häuser und die Durchsetzung imperialistischer Großprojekte (Startbahn-West, Brokdorf, Gorleben), mit teilweise martialischer Polizeigewalt, wurden der autonomen Bewegung die wichtigsten Standbeine genommen. Die politischen Zentren und Lebenszusammenhänge zerfielen und damit auf Dauer auch viele politische Zusammenhänge.

Die Staatsmacht führte so den radikalen Bewegungen gleichzeitig ihre Machtlosigkeit vor.

Verstärkt wurde dies durch erfolgreiche Befriedungsstrategien, Entpolitisierung/Funktionalisierung autonomer Inhalte, Lifestyle, Drogen etc. und die Entstehung einer linken Reformbewegung, wie den Grünen, die es geschafft hat, große Teile früherer Linksradikaler aufzusaugen und neu auf den Parlamentarismus einzuschwören.

Mit dem Zerfall der Basisbewegungen, in denen die Autonomen als ein wichtiger Teil eingebettet waren, bzw. ihrem Aufgehen in der staatstragenden Grünen-Partei, gerieten die Autonomen mehr und mehr in gesellschaftliche Isolation. Durch kaum vorhandene Organisierungsstrukturen wurde es immer schwieriger öffentlich wahrgenommen zu werden und offensiv Inhalte radikaler Politik in gesellschaftliche Diskussionsprozesse zu tragen.

Die noch bestehenden politischen Zentren, besetzten Häuser, Infoläden etc., aus denen zuvor offensive autonome Politik gemacht wurde, entwickeln sich zu gesellschaftlichen Nischen, von denen immer weniger Impulse nach außen wirken.

Autonome Parolen, wie „Das imperialistische System zerschlagen!" hatten zumindest subjektiv in Momenten des militanten Kampfes für viele einen realistischen und praktischen Bezug. Mit den Erfahrungen der staatlichen Macht, der eigenen Ohnmacht und den Niederlagen erscheinen sie dann eher, wie verbalradikaler Ausdruck von Realitätsverlust.

Ausgangspunkte

In großen Teilen der Szene ist politisches Ziel mittlerweile nur mehr der Erhalt der eigenen Nischen.

Gesellschaftliche Gewaltverhältnisse und politische Veränderungen, die der imperialistischen Metropole BRD innewohnen, bleiben wirksam; politische Veränderungen beeinflussen die Nischen ebenfalls.

Weil der autonome Zusammenhang Bestandteil gesellschaftlicher Zusammenhänge ist, ist die Auflösung staatstragender Strukturen und Mechanismen in unserem Spektrum weder gänzlich gelungen, geschweige denn sind Freiräume geschaffen worden. Freiräume im Sinne herrschaftsfreier Lebensverhältnisse sind in den imperialistischen Metropolen nicht möglich. Der Kontext in dem wir leben, ist eben die Gesellschaft in der wir leben.

Bestehende Nischen sollten trotzdem genutzt werden, um politisch zu agieren, aber nicht zum alleinigen Ziel erklärt werden.

Heute, wo der Durchmarsch des Imperialismus den alten Ost-West Konflikt aufhebt und den Nord-Süd-Konflikt eskalieren läßt, allgemeine Orientierungslosigkeit vorherrscht und von uns momentan kaum größere politische Erfolge zu erwarten sind, ist es wichtig, neue linksradikale Orientierungspunkte zu setzen, anstatt sich frustriert auszuklinken oder kollektiv als politisch zahnlose Folkloretruppe zu enden.

Unser Ziel ist die Organisierung einer offensiven autonomen Politik, die aus vergangenen Formen und Inhalten des autonomen Widerstandes entwickelt wird und an bestehende Strukturen anknüpft

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es uns ermöglichen, regional und weit darüberhinaus innere Widersprüche zu überwinden. Besonders offen treten diese Widersprüche zu Tage, wenn gemischte Zusammenhänge an der mangelnden Auseinandersetzung mit eigenen patriarchalen Strukturen zerbrechen, wenn persönliche Konflikte auf politischer Ebene ausgetragen werden, oder an der Unfähigkeit militante Ansprüche praktisch umzusetzen. Wir müssen zu Positionen gelangen und Strategien entwickeln, die uns wieder mehr zu einem politischen Faktor in gesellschaftlichen Prozessen machen, der Anziehungskraft besitzt, weil er die herrschenden Verhältisse angreift und perspektivische, auf Veränderungen gesellschaftlicher Zustände gerichtete, Politik macht.

Die Form der Organisierung sollte durch die Ziele bestimmt sein, die sie erreichen soll.

Öffentliche Gedanken

Eine Hauptaufgabe der Organisierung ist es, Inhalte und Positionen wahrnehmbar zu machen. Hierbei finden wir es wichtig, den bisherigen Umgang mit Medien zu überdenken. Das bedeutet, die Macht des Medienapparates als Wahrheitsinstitution und seinen Einfluß auf das Bewußtsein der Menschen um so genauer unter die autonome Lupe zu nehmen. Trotz der äußerst seltenen und fast durchgehend falschen Berichterstattung über Autonome; steht fest , wer in den Medien ist, ist wahrnehmbar und steht im öffentlichen Interesse.

Die Entwicklung der Faschisten und vor allem die Berichterstattung zeigt, welche Wirkung selbst bei scheinbar kritischen Berichten oder negativer Presse, allein die Darstellung der Faschisten hat. Die Medien tragen unter anderem die Verantwortung dafür, daß die Faschisten im wahrsten Sinne des Wortes „Ausstrahlungskraft" besitzen.

Das heißt natürlich nicht, alle Inhalte und Aktionen danach auszurichten, wie wir am schnellsten in die Glotze kommen, aber schon taktische Überlegungen und Aktionen zu diesem Punkt mit einzubeziehen. Dennoch finden wir es wichtig, zumindest auf Presseleute, die einigermaßen korrekt berichten, auch mal zuzugehen. Darüberhinaus kann es sinnvoll sein, regional und überregional zu eigenen Aktionen Pressemitteilungen herauszugeben.

Mindestens genauso wichtig ist es, eigene Medien (Zeitungen, Veranstaltungen, Radiobeiträge etc.) zu schaffen, die dieEntwicklungen radikaler Politik darstellen, Diskussionen ermöglichen und den Informationsaustausch gewährleisten.

WOHIN DES WEGES?

Die weiterführende Perspektive ist Kulturfähigkeit

In der Einleitung des Textes ist die Rede von einer weiterführenden Perspektive, für eine gesellschaftsverändernde Politik. Ein Aspekt dieser Perspektive ist der Anspruch, eine Gegenkultur zu schaffen, also das Vordringen einer Bewegung in alle gesellschaftlichen Bereiche.

Gegenkultur beschränkt sich dabei nicht auf das Schaffen einer „anderen" Mode, Musik oder Sprache. Sie muß bewußt von den realen Verhältnissen ausgehen, darf aber nicht bei ihnen stehenbleiben. Sie muß verändern statt sich abzukoppeln. Das heißt, eine Bewegung muß es schaffen, für alle gesellschaftsrelevanten Bedingungen zumindest Alternativen aufzuzeigen und zu entwickeln. Das ökonomische Standbein des Systems anzugreifen, mag das entscheidendste für revolutionäre Veränderungen sein. Wir aber wollen erreichen, daß „aus revoltierendem Bewußtsein heraus, eine Umwälzung aller Lebensbereiche stattfindet, sich überall und allgemein Sensitivität und Intellekt voll entfalten." (Punk-Panther 1990)

Letztlich kann eine Vernichtung bürgerlicher Lebensweise und Staatsdoktrin nur dann Erfolg haben, wenn diese von Menschen angestrebt wird, die die Welt schon anders interpretieren, ein anderes Lebensgefühl, andere Moral- und Kulturvorstellungen besitzen, als die alte Gesellschaft.

Mehr noch, für Menschen wäre der Kampf für eine andere Gesellschaft völlig farblos, leer und unsinnig, wenn nicht schon während dieses Prozesses ein sehr intensives Lebensgefühl und Lebensweise(Praxis) lebbar wäre, mit der mensch sich über die alten Normen hinwegsetzt.

Ein revolutionärer Umbau der Gesellschaft beginnt daher nicht erst mit der Zerschlagung des alten Machtgefüges, sondern der Weg dorthin ist schon Teil des Prozesses.

Was bedeutet „kulturfähig" ?

Eine Bewegung, die keine gesamtgesellschaftlich umfassende Perspektive bieten kann und nicht die fundamentale Änderung der gesamten bestehenden Herrschaft zum Ziel hat, kann nicht revolutionär sein.

Eine Bewegung, die nicht alle gesellschaftlichen Vorgänge als Gesamtheit begreift, wandelt ideologisch noch auf den Pfaden der alten Gesellschaft.

Sie erschöpft sich entweder als Ein-Punkt-Bewegung, im Kampf für die Durchsetzung nur eines bestimmten Zieles und ist damit ihrem Wesen nach reformistisch,

oder sie kämpft für die Vorrechte nur einer gesellschaftlichen Gruppe und degradiert sich damit zu einer Interessenvertretung, die entweder auch auf reformistischen Pfaden wandert oder als abgehobene Elitegruppe ihre Weisheit sucht oder gefunden hat;

oder sie faucht ab und an als Strohfeuer durch die politische Auseinandersetzung und verkommt, ohne Kontinuität im Kampf und übergreifenden Theorieansatz zum niveaulosen Spielball der reformistischen bzw. etablierten PolitikerInnen.

Unerheblich ist dabei, mit welcher Radikalität der Kampf geführt wird, Radikalität allein ist noch kein revolutionärer Inhalt.

Unerheblich ist dabei auch, wie heftig Menschen und Gruppen, die in einer solchen Auseinandersetzung stehen, in ihrem äußeren Erscheinungsbild von der Norm abweichen oder wie tiefgründig sich ihre Theorien anhören.

Form kann nie den Inhalt ersetzen und ist letztlich unerheblich. Lediglich die Zusammensetzung der Form(en) kann einer Vermittlung des Inhalts dienen.

Was hat Kulturfähigkeit mit der Organisierung zu tun?

Des öfteren ist im Text das Wort Orientierung gefallen. Wir gehen davon aus, daß Menschen Orientierungspunkte haben und benötigen.

Die Aufgabe der Organisierung ist es, gewisse Eckpfeiler revolutionärer Inhalte als Orientierungspunkte zu setzen und öffentlich anzubieten. Um perspektivische (Lebens)Orientierung bieten zu können, muß die Bewegung kulturfähig sein. Kultur ist nicht das Abschotten in einer Nische. Kultur ist gesellschaftliche Orientierung. Kulturfähig heißt, eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung und Perspektive zu eröffnen. Kulturfähig sein heißt, lebensfähig sein im Sinne von lebbar sein - lebbar in jedem Teil und zu jeder Zeit des Lebens.

Die Hoffnungen, die diesbezüglich mit der Organisierung verbunden sind, stützen sich vor allem darauf, daß Inhalte öffentlich gemacht werden, mit denen sich Leute auseinandersetzen, bzw. sich ihnen zuordnen und sie zu ihren Eigenen machen können.

Der Rahmen der Organisierung ermöglicht es vielleicht, Ansprüche weiterzuentwickeln und Entscheidungen politisch umzusetzen.

Eine politische Bewegung ist kulturfähig oder sie ist keine politische Bewegung.

(Wesentliche Gedanken und Formulierungen zur „Kulturfähigkeit" sind dem KuK-Text „Suche nach Erkenntnis" entliehen, der erst im Rahmen des Kataloges zur Ausstellung „Kunst als Widerstand" veröffentlicht wird.)

Warum Organisierung unter dem Vorzeichen „ANTIFA"?

Anfang der 80er Jahre entwickelte sich unter der Bezeichnung „autonomer Antifaschismus" eine antifaschistische Politik, die sich direkt gegen (Neo-)Nazis wandte. Das heißt, es wurde eine militante Praxis entwickelt, die auch politisch vertreten wurde („Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!"). Der autonome Antifaschismus verstand sich nicht nur als reine Anti-Nazi-Bewegung, sondern er begriff sich als Teil des antiimperialistischen Widerstandes.

Hierbei ergaben sich folgende Positionen:

- Die BRD ist in Kontinuität zum NS-Staat entstanden. Die ökonomischen und politischen Grundstrukturen blieben bestehen und wurden weiterentwickelt.
- Die geschichtliche Trennung von faschistischer und bürgerlicher Herrschaft ist so nicht aufrechtzuerhalten. Faschismus ist keine Form bürgerlicher Herrschaft, sondern an den Inhalten wie z.B. unterschiedliche Wertigkeit von Menschen, Autoritätshörigkeit, patriarchale Strukturen, Leistungsethos ... festzumachen.
- Die BRD organisiert selbst faschistische Praxis. - Das gleiche System, das sich hier demokratisch gebärdet, ist für Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen in anderen

Teilen der Welt verantwortlich, z. B. durch direkte Unterstützung faschistischer Militärdiktaturen, wie die der Türkei. Der Imperialismus ist faschistisch.

- Wenn die kapitalistischen Interessen gefährdet wären, so würden auch hier zu ihrer Verteidigung, faschistische Potentiale eskaliert werden. Faschismus ist integraler Bestandteil westeuropäischer Demokratien.
- Die Herrschenden haben ein Interesse an der Existenz (neo)faschistischer Gruppen als Herrschaftsreserve, Abgrenzungsmöglichkeiten gegen Rechts, Testballon für repressive Maßnahmen, Bindung des Widerstandes usw.

Diese Positionen wurden unter der Parole „Kampf dem Faschismus, heißt Kampf dem imperialistischen System!" auf den Punkt gebracht.

Noch immer besitzt diese Analyse für uns ihre Gültigkeit, noch immer finden wir die hieraus abgeleitet Praxis sinnvoll im Sinne revolutionärer Politik.

Trotzdem müßten einige Korrekturen vorgenommen werden. Die traditionellen Elemente dieser Gesellschaft sind weiter in Auflösung begriffen. Zwar wird weiterhin zum Beispiel auf Rassismus, Sexismus und Nationalismus zurückgegriffen, aber bei der gegenwärtigen Stabilität des modernen Imperialismus verlieren die Ideologien der „Rassenreinheit", der „Frau zurück an den Herd" und der „Volksgemeinschaft" immer mehr an Bedeutung. Die Tendenz geht immer mehr hin zum flexiblen Leistungsmenschen; dabei wird es immer unerheblicher, ob jemand schwarz oder weiß, männlich oder weiblich ist.

Die ideologischen Grenzen des Nationalismus sind politisch und ökonomisch überschritten. Das multikulturelle Konzept steht für die „Veredelung europäischer Lebenskultur". Längerfristig wird der eurozentristische Gedanke und der damit verbundene Rassismus den vaterländischen Nationalismus gänzlich ablösen und sich in noch heftigerer Weise gegen die Menschen aus den ökonomisch ausgebeuteten Trikontländern richten.

Von daher stehen die sich organisierenden Neo-Nazis dieser Tendenz zum Teil entgegen.

Der beschriebene Interessengegensatz ist ein gegenwärtiger und muß nicht für alle Ewigkeiten gelten. Zudem gilt er nur teilweise. Nach wie vor existiert ein gemeinsames Interesse der Faschisten und des Staates an der Zerschlagung der Linken oder, wie derzeit, an der AsylbewerberInnenhetze. Die Herrschenden werden versuchen, die Nazibanden in kontrollierbaren Größenordnungen zu halten, aber keinesfalls völlig zu zerschlagen und damit an ihrer Existenz als Herrschaftsreserve für Krisenzeiten festzuhalten.

Für uns heißt das vor allem, daß es mehr denn je politisch katastrophal ist, zur reinen Anti-Nazi-Bewegung zu verkommen. Es muß vermittelt werden, daß das imperialistische System viel perfekter und zeitgemäßer Herrschaft sichert und ausbaut. Es wird keine Neuauflage des „Dritten Reiches" geben. Die Parole „Wehret den Anfängen !" ist falsch. Wir sind mittendrin und unser Kampf kann nur ein antiimperialistischer sein. Das bedeutet aber nun ganz und gar nicht, den Nazis den Rücken zuzukehren.

Die Entwicklung der militanten Antifaschistischen Selbsthilfe ist eine grundsätzliche autonome Struktur. Diese aufzugeben, hieße die so wichtigen eigenen Ansätze aufzugeben.

Darüberhinaus ergibt sich angesichts der zunehmenden Organisierung der Faschisten, vor allem in der ehem. DDR, die Notwendigkeit der antifaschistischen Organisierung. Zu hoffen, daß der Staat gewillt ist, die Linke zu schützen, bleibt nach wie vor ein schlechter Scherz.

Die Gefahr der Antifa-Politik, und das hat sich in jüngster Vergangenheit bestätigt, besteht darin, eine Anti-Nazi-Bewegung zu sein. Viele Antifa-Gruppen bildeten sich aufgrund persönlicher Betroffenheit und dem Willen, etwas unternehmen zu wollen. Eine zeitlang wurden Aktionen gegen Nazis organisiert, dann hörten viele Leute frustriert auf. Die persönliche Betroffenheit (sehr häufig an Schulen beispielsweise), die ein wichtiger Ansatz ist, lief organisatorisch oft in eine perspektivlose Leere. Aufgrund des niedrigen Organisationsgrades kam es selten zum Erfahrungsaustausch mit anderen Gruppen, geschweige denn, daß eine gemeinsame Strategie entwickelt wurde. Mit dünnem ideologischen Hintergrund und dem Bewußtsein, alleine dazustehen, geschah was geschehen mußte - Resignation. Das ist aber noch lange kein Grund, die Flinte kollektiv ins Korn zu werfen.

Es war nicht alles Müll, was in den letzten Jahren gelaufen ist; der autonome Antifaschismus besitzt nach wie vor seine Stärken. Die liegen in der großen Mobilisierungsfähigkeit, da viele erstmal was gegen Nazis haben und damit in Berührung mit autonomen Positionen kommen. Das gilt insbesondere für junge Leute.

Die Auseinandersetzungen mit Nazis führen zwangsläufig irgendwann zur Auseinandersetzung mit der Staatsmacht in Form von Bullen und erreicht damit andere Dimensionen.

Die Entwicklung der Antifaschistischen Selbsthilfe kann durch intensive Stadtteilarbeit die eigene politische Isolation durchbrechen und somit eine Verankerung in den Vierteln erlangen. Über die Antifaschistische Selbsthilfe wird militante Praxis in den eigenen Reihen verankert und von anderen Menschen als legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung akzeptiert.

Die Organisierung unter dem Vorzeichen **Antifaschismus** resultiert aus der Imperialismusanalyse, nämlich der, daß der Imperialismus faschistisch ist und bezieht sich teilweise auf historische Organisationen wie die „Antifaschistische Aktion" von 1932.

Wenn viele an einem Strang ziehen ist die Effektivität am größten. Deshalb wünschen wir uns in einer Organisation Arbeitsschwerpunkte, vor allem aber das Aufeinanderbeziehen der verschiedenen antiimperialistischen Teilbereichsbewegungen.

Für uns ist autonomer Antifaschismus immer noch der beste Hebel für die Vermittlung antiimperialistischer Politik, weshalb wir uns unter diesem Vorzeichen organisieren wollen.

Von der Organisierung zur Organisation

Wir wollen zunächst die Inhalte zusammenfassen, die für eine Organisierung sprechen:

Das Bündeln unserer Kräfte und die Schaffung verbindlicher Strukturen schafft die Voraussetzung, aus der derzeitigen politischen Ausweglosigkeit, in der wir uns momentan befinden, herauszukommen.

Zunächst einmal dadurch, daß uns ein Zusammenfassen unserer Kräfte in die Lage versetzt, zum Beispiel gemeinsame Kampagnen zu organisieren, womit unsere Politik größere Relevanz und Zugkraft bekommen würde.

Das allein reicht natürlich nicht aus, um uns aus unserer derzeitigen Situation herauszubringen. Verbindliche Strukturen wären die Voraussetzung für inhaltliche Diskussionen bzw. Klärungsprozesse, die für unsere weitere Arbeit elementar wichtig sind.

Für uns wären das:

1. Imperialismusdiskussion
   a. Klärung unseres Verhältnisses zu den Befreiungsbewegungen im Trikont.
   b. Unser Verhältnis zum BRD-Staat.
2. Patriarchatsdiskussion
3. Unser Verhältnis zum bewaffneten Kampf
4. Unser Verhältnis zu den Gefangenen

Verbindliche Strukturen anzustreben, verfolgt für uns das Ziel, eine legale Organisation zu schaffen. Funktion der Organisation wäre es, Anlauf- und Ansprechpunkt für Menschen zu sein, die sich organisieren wollen bzw. öffentlich ansprechbar zu sein, beispielsweise für Medien.

Das Konzept Organisation beinhaltet, daß wir mehr Menschen erreichen und mit noch mehr zusammenzuarbeiten als bisher. Zum Beispiel Menschen, die in ländlichen Gegenden leben, ältere Menschen etc. Wir versprechen uns von einer Organisation nicht nur, daß sich uns mehr Menschen anschließen können, sondern auch, daß sich unsere organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten dadurch vergrößern.

Das Organisieren von politischen Konzerten, Demos, Agit-Prop-Aktionen usw. wäre eine wesentliche Funktion der Organisation. Mit anderen Worten wäre der Schritt zur Organisation ein Schritt, um politische Gegenkultur in größerem Maßstab zu entwickeln.

Für unsere weitere Arbeit halten wir politische Bildungsarbeit , Seminare und Veranstaltungen, für unabdingbar.

Organisation würde für uns auch bedeuten vom kleinbürgerlichen Grabenkrieg der Szene wegzukommen. Die politische Arbeit sollte nicht allein

von persönlichen Kontakten/Sympathien abhängig sein, sondern von politischen Zielen und Notwendigkeiten bestimmt sein.

Natürlich wollen wir nicht die Organisation der Organisation wegen, sondern eine revolutionäre Organisation, das heißt,

1. daß ein Statut entstehen muß, in dem die Inhalte definiert sind. Wesentliche Inhalte des Statuts würden sich aus den Diskussionen um die oben genannten Themen ergeben.
2. daß es eine Mitgliedschaft gibt. Wir halten diesen Punkt unter anderem deswegen für wichtig, weil er eine klare Entscheidung für die Organisation bedeutet und eine klare Zuordnung zu deren Inhalten.

Bedenken

In einem Orientierungs-/Organisierungsprozeß könnten mit zunehmend größerem Rahmen und Komplexität aus bereits bestehenden Wissens- und Arbeitshierarchien dogmatische Hierarchien erwachsen. Das Problem des/der FunktionärIn wird immer sein, daß er/sie FunktionärIn ist.

Ein weiteres Problem in der Organisierungsfrage ist der derzeitige Zustand, der keine weiterführende gesamtgesellschaftlich gesehene Perspektive eröffnen kann. Mit dem Scheitern einer angestrebten Organisierung ist die Gefahr verbunden, nach diesem Versuch in die völlige Leere zu fallen.

Es bleibt zu hoffen, daß sich die Autonome Linke an dieser Frage nicht spaltet. Das wäre besonders dann fatal, wenn dies bereits nach der Gründung einer Organisation geschieht, weil diese vermutlich daran zerbrechen würde.

Modellvorschläge:

Die organisatorische Struktur sollte weitgehend auf vorhandenen Modellen basieren, die es gelten würde, effektiver auszubauen.

Die Organisierung sollte auf verschiedenen Stufen stattfinden. Von den Städten oder Gemeinden bis zum bundesweiten Treffen.

Also zu den Städten:

Der Hauptbezug der einzelnen Menschen werden sicherlich weiterhin die Gruppen bleiben. Falls diese sehr groß sind, würde sich häufig das Arbeitsgruppenprinzip anbieten. Das würde heißen, daß kleine Gruppen ein Thema genauer und intensiver bearbeiten und vorbereiten könnten, für alle aber transparent machen müßten und mit einbeziehen sollten.

In Großstädten könnte es zum einen ein **internes Plenum** mit allen organisierten Gruppen geben und zusätzlich ein **offenes Infoplenum** für alle Interessierten. Dieses Plenum würde somit auf Bündnisarbeit basieren.

Auf jeden Fall müßte es eine Anlaufstelle geben, in Form von einem Büro, einem Infotelefon oder zumindest einem schwarzen Brett, wo die Infos zusammenlaufen, informiert werden könnte, Gerüchten und Spekulationen der Boden entzogen würde usw.

Für viele Regionen oder Gemeinden wäre es aus mehreren Gründen sinnvoll, **regionale Treffen** zu machen. Zum einen verlagern sich die Nazi-Treffs zunehmend auf die Dörfer, zum anderen ist es wichtig, die politischen Menschen aus den Dörfern, die vereinzelt keine Kraft darstellen, zusammenzubringen.

Auch **überregional** gibt es bereits austauschende und verknüpfende Treffen. Zunächst wäre es gut, in Gebieten wo es diese Treffen nicht oder nicht mehr gibt, solche Strukturen wieder aufzubauen. Mit Gebietstreffen sind **landesweite** bzw. grob nach **Nord/Süd/West/Ost** zusammengeschlossene Städte und Gemeinden gemeint.

Wir nehmen an, daß vielleicht nicht alle Menschen, der bereits vorhandenen Strukturen, Interesse an einer solchen Organisierung haben und eine Spaltung nicht ausgeschlossen wäre.

Bevor gemeinsame Positionen geklärt, Kampagnen geplant werden können etc., würde dieser Zusammenhang hauptsächlich als Informationsaustausch dienen. Die Städteberichte sollten dabei knapp gehalten sein, eher die gesellschaftlich-regionale Situation analysieren, als langatmige Beschreibungen über jeden Arschtritt der Nazis enthalten.

Für diese Gebietstreffen wäre es am sinnigsten, **Delegierte** der einzelnen Antifa-Gruppen zu bestimmen bzw. aus den regionalen Treffen, damit auch die Einzelnen vom Land eingebunden wären. Denn nur in einer konstanten Zusammensetzung läßt sich das nötige Vertrauen und eine kontinuierliche Arbeit entwickeln.

Damit durch das Delegiertenprinzip keine verselbständigte, abgehobene Gruppe mit einzelnen Politprofis entsteht kann, fänden wir es notwendig, daß die Delegierten einer Art „imperativem Mandat" unterliegen sollten. D.h. sie wären relativ verbindlich an Gruppenbeschlüsse/Meinungen gebunden. Zumindest sollte ihr vorrangiges Interesse darin liegen, gruppengetragene Einschätzungen darzustellen. Um in den Gebietstreffen Entscheidungen fällen zu können, also damit auch Kompromisse möglich wären, sollten die Gruppen ihren Delegierten einen gewissen Spielraum geben.

Die Organisierung der **bundesweiten Treffen** könnte ein ähnliches Delegiertenprinzip haben. Ob die Delegierten aus den Gebietstreffen oder aus den Städten kommen, wäre noch zu überlegen. Die Diskussion mit Gebietsdelegierten wäre flüssiger und übersichtlicher. Es könnte aber auch Vorteile haben, wenn mal andere Menschen aus den Städten an den bundesweiten Diskussionen beteiligt wären.

Die Arbeitsschwerpunkte zu einem gemeinsamen Thema sollten auf jeden Fall die besondere Situation in den einzelnen Regionen berücksichtigen und somit von den Leuten dort auch bestimmt werden.

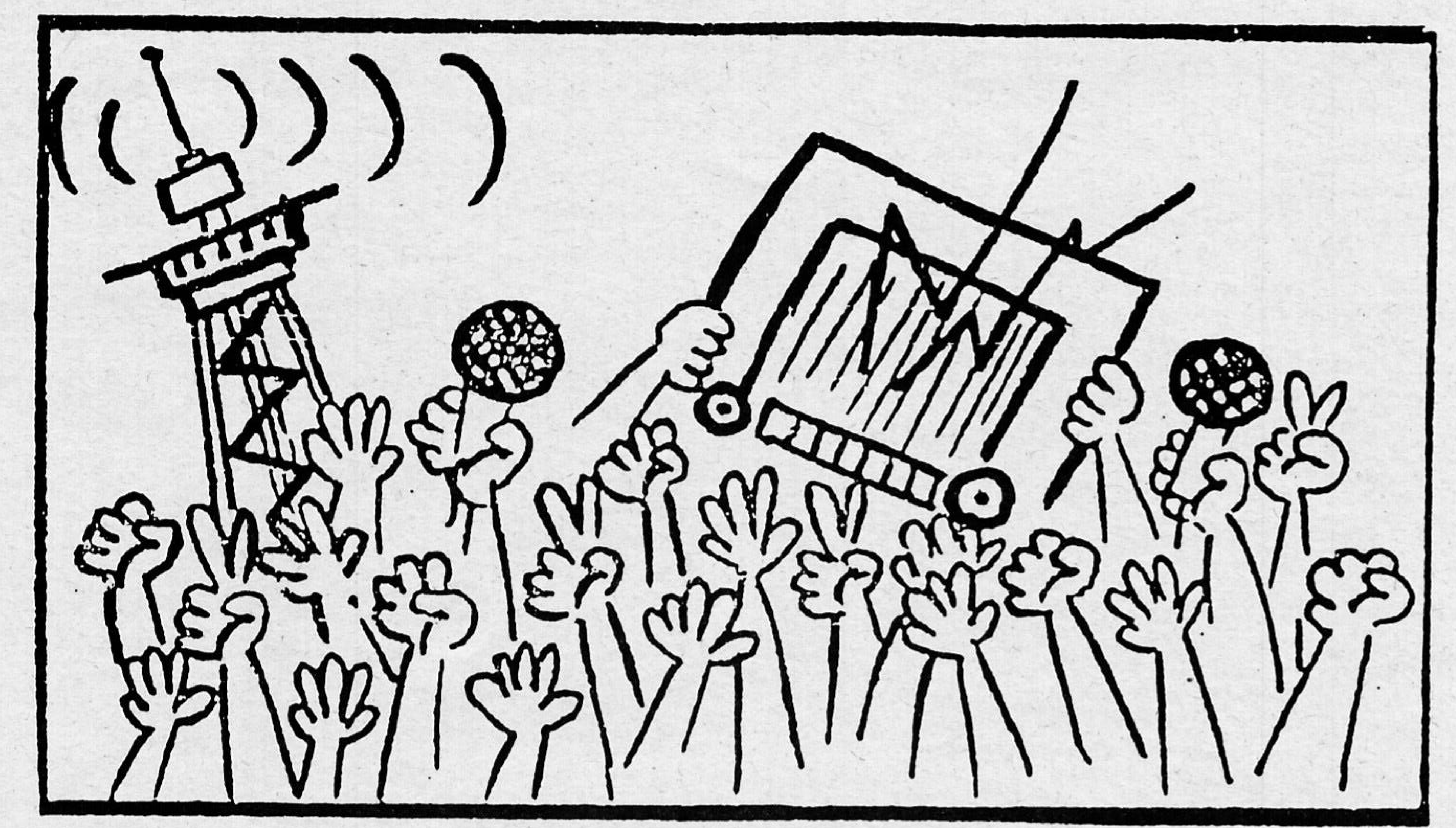
Göttingen, August 1991
Autonome Antifa (M) und GenossInnen



Kontaktadresse:
Innerer Umschlag:
Autonome Antifa (M)
Äußerer Umschlag:
Buchladen Rote Str.
Rote Staße 10

BASIS RADIO BERLIN

Die Berliner Medienlandschaft ist in Bewegung. Immer neue Privatfernseh- und Rundfunkanbieter bewerben sich um eine Frequenz auf dem hartumkämpften Werbemarkt. Auch der Staatsfunk organisiert sich neu. Immer mehr Quantität von immer der gleichen Qualität - auf der Jagd nach Einschaltquoten, die Werbung bringen.
Informationen überleben nur noch als leicht konsumierbare Häppchen; Hintergründe und kritische Analyse: Fehlanzeige.



Eine Alternative, eine Gegenöffentlichkeit, wie sie im Bereich der Printmedien wenigstens in Nischen organisiert und etabliert ist, gibt es im Äther rings um Berlin nicht.

Berlin braucht ein freies Radio!! Kein Radio von oben - Radio von der Basis für die Basis - "BasisRadioBerlin"

BERLIN RADIO BASIS

I. Warum ein freies Radio ?

- Die Tagespolitik ist Resultat der Auseinandersetzungen gesellschaftlich mächtiger Gruppen und wird von den bürgerlichen Medien je nach Abhängigkeit gefiltert dargestellt.
 Ein freies Radio fragt: wie liegen die Interessen, wo die Widersprüche, welche Hintergründe werden verschwiegen und warum ?

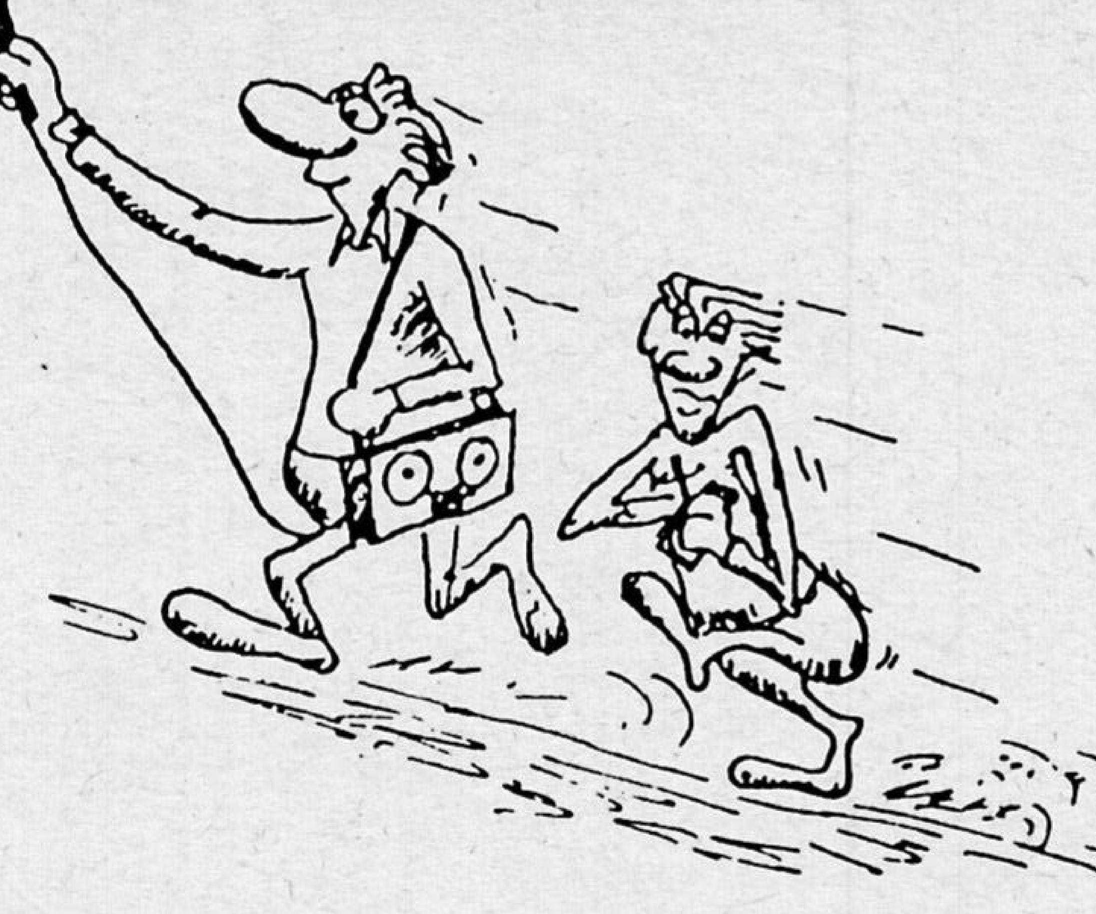
- Informationen von und für gesellschaftliche und politische Bewegungen von unten haben Vorrang .

- Radio ist bekannt als Einbahnstraße zwischen SenderInnen und EmpfängerInnen (bzw. Produzierenden und Konsumierenden)
 Ein freies Radio will diese Konsumgewohnheiten durchbrechen und das Publikum aktivieren:
 HörerInnen machen und prägen das Programm, ob durch eigene Beiträge oder durch direktes Einschalten per Telefon in laufende Sendungen.

- Einfache Technik und dezentrale Anlaufstellen erleichtern den Zugang.

- Gegenüber Zeitungen und Flugblättern ist Radio das schnellere Medium: Freies Radio kann spontan informieren und mobilisieren (Aktionsradio).

Ansätze für ein freies Radio



II. Kriterien für ein freies Radioprojekt

1. ein freies Radio muß von der Basis getragen werden, d.h.

- die Basis = HörerInnen = Senderinnen bestimmen, ob für ein Radio ein Bedürfnis besteht
-> ohne aktive Beteiligung der HörerInnen kein Radioprojekt
-> freies Radio will kein Dienstleistungsunternehmen sein.

- keine Abhängigkeit von wirtschaftlichen und politischen Interessen Einzelner

2. ein BasisRadio muß stadtteilbezogen senden und organisiert sein, damit,

- für die HörerInnen = potentielle SenderInnen ein möglichst einfacher Zugang zum Radio gewährleistet ist,(unser Radio um die Ecke)

- das Radio von Menschen aus dem Stadtteil gemacht und als Teil der Strukturen des Stadtteils begriffen wird

- lokale Themen den Schwerpunkt des Programms bilden

- über das Radio verschiedene Menschen, Gruppen miteinander in Diskussion kommen
-> Radio als Kommunikations-Aktionszentrum , Netzwerk.

- bisher nicht bzw. wenig aktive HörerInnen durch den Stadtteilbezug (Betroffenheit!) zur politischen Mitarbeit motiviert werden.

3. HörerInnen gestalten und produzieren das Programm ,d.h.

- das Radio wird kein MacherInnenradio.

4. Die HörerInnen finanzieren "Ihr Radio" selbst über Mitgliedsbeiträge, Spenden, etc., damit

- finanzkräftige Sponsoren und Gesellschafter keinen Einfluß auf das Programm nehmen können

- das Programm nicht von werbepsychologischen Erfordernissen abhängig ist (z.B. möglichst wenig Wortbeiträge und keine schrille Musik in den werbeträchtigen Zeiten zwischen 6-16.00 Uhr)

5. Basisdemokratische Kontrolle des Radios durch die HörerInnen ,d.h.

- keine übergeordneten Kontrollgremien, wie Programmbeirat, Gesellschafterversammlung etc.
-> die einzelnen Radiogruppen sind die Entscheidungsträger

- das Radio stellt sich in öffentlichen Mitgliederversammlungen der Kritik seiner HörerInnen

III. Die BasisRadio Welle überollt Berlin

1. In verschiedenen Stadtteilen wird über Infoläden, Initiativen usw, das Interesse an einem lokal verankerten Radioprojekt geweckt.

2. Interessierte Menschen, Gruppen aus einem Stadtteil finden sich zusammen und gründen eine Radiogruppe.

3. Die Radiogruppen sammeln Informationen über Brennpunkte im Viertel, produzieren Beiträge, gestalten Musiksendungen mit örtlichen Gruppen usw.

4. Bis eine Frequenz erkämpft ist, werden die Beiträge auf Kassetten produziert. Die Kassetten werden in Infoläden, Kneipen etc. ausgelegt und damit möglichst vielen HörerInnen zugänglich gemacht.
Radiohören wird zum Erlebnis durch gemeinsames Kassettenhören in Kneipen, auf Plätzen ....

5. Die HörerInnen kaufen/leihen sich die Kassetten, äußern ihre Kritik und produzieren eigene Beiträge auf Kassetten und werden so zu Produzentinnen.

6. Die verschiedenen Stadtteil-Radiogruppen senden ihre VertretrInnen in einen gemeinsamen Radiorat. Dort wird die Zusammenarbeit organisiert und berlinweite Themen koordiniert.

7. Zur finanziellen Unterstützung gründet sich ein Verein, in dem alle HörerInnen Mitglied werden können. Mit ihren Beiträgen und Spenden wird die Arbeit der Radiogruppen finanziert.

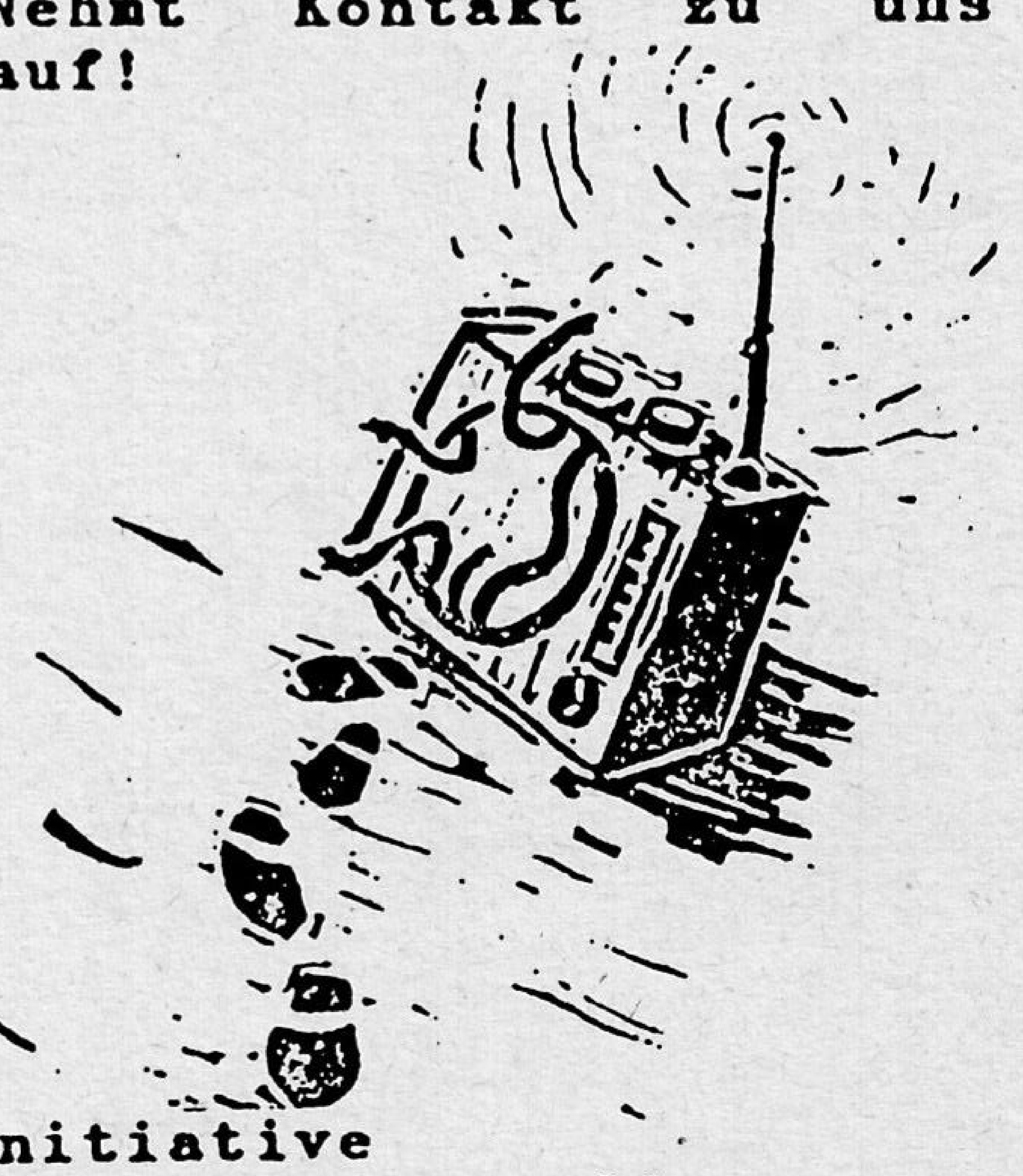
8. Wenn die lokalen Radiogruppen programmlich und finanziell funktionieren, bewerben sich Radiorat und Verein für eine berlinweite Frequenz.

9. BasisRadioBerlin geht auf Sendung !!!!!!!

Alles Utopie ?
Wir haben schon mal angefangen.
Und wir fordern alle Infoläden, Stadtteilinitiativen, Gruppen, interessierte Radioaktive auf.

Beteiligt euch an Stadtteilredaktionen!
Informiert Freund-Innen und Bekannte !

Nehmt Kontakt zu uns auf!



Initiative
Basis Radio Berlin
c/o El Locco Kreuzbergstr.43,
1000 Berlin 61,

Mittwochs 19.00 Uhr



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

ETA erklärt der europäischen öffentlichen Meinung die Gründe, warum sie die spanischen Interessen angreift, "woimmer sie sich befinden".

In einem ausführlichen Kommuniquee an die europäische öffentliche Meinung, das am Montag (dem 5.8., d.Ü.) über die französische Nachrichtenagentur France Press (AFP) verbreitet wurde, erläutert Euskadi Ta Askatasuna (ETA) die Gründe, warum sie die spanischen Interessen angreifen und den bewaffneten Kampf weiterführen. Der Text in spanischer Sprache, den egin über die zitierte Agentur erhielt, macht einen Ausflug in die Geschichte Euskadis, seit die PSOE in Madrid regiert. Diese wird verglichen mit der Entstehung der Bewegungen in Osteuropa, die die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung fordern.

ETA stellt "überrascht" fest, daß "dem bewaffneten Widerstand der slowenischen, litauischen, kroatischen oder kurdischen Organisationen und/oder Milizen auplaudiert (wird), während wir für ähnliche Widerstandsaktionen verurteilt werden", und erklärt, daß ihre Aktionen das Ziel haben, die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung des baskischen Volks zu erreichen.

"Während die unumkehrbare Tatsache der deutschen Wiedervereinigung von der europäischen öffentlichen Meinung begrüßt und gefeiert wird, während in den verschiedensten politischen Kreisen das Recht Litauens, Estlands, Sloveniens, Kroatiens, Lettlands, Armeniens, Georgiens anerkannt wird, frei über sich selbst zu bestimmen, wird unserem Land, Euskadi, das Recht verweigert, seine Zukunft selbst zu bestimmen. In einer ähnlichen Situation sind Kurdistan, Nordirland, Korsika, Katalonien und Galizien. Warum, fragen wir uns, und mit uns die große Mehrheit des baskischen Volkes, ist für andere Völker legitim und fundamental, was dem unseren vorenthalten wird? Warum wird etwas, was als unteilbares Recht jedes Volkes und jeder Nation bezeichnet wird, Euskadi systematisch und mit militärischen Mitteln verweigert? Das sind Fragen, auf die die spanische Regierung und die herrschende politische Klasse nur mit repressiver Polizeigewalt zu antworten weiß."

ETA beschuldigt die PSOE, alle Wahlversprechen gebrochen zu haben, die sie vor fast neun Jahren an die Macht brachte und ihr"zu breitem Vertrauen in der spanischen Bevölkerung verhalfen, einem Vertrauen, dessen Ursprung in der großen Hoffnung auf einen tiefen politischen und sozialen Wandel der überkommenen franquistischen Strukturen lag. Aber es blieb bei Versprechen, diese wurden nicht erfüllt, sondern im Gegenteil". In diesem Zusammenhang erwähnt sie die Schaffung von 800.000 Arbeitsplätzen, den Kompromiß, nicht in die NATO einzutreten und die militärischen und polizeilichen Strukturen zu säubern, wie auch "das wiederholt ausgesprochene Wahlversprechen, das so bezeichnete 'baskische Problem' politisch zu lösen."

Die baskische bewaffnete Organisation stellt fest, "daß das Bild von 'Demokratie' und 'sozialem Fortschritt' das der spanische Staat der europäischen öffentlichen Meinung vermitteln will, bestimmten eindeutigen Realitäten, die es systematisch verdecken soll, krass widerspricht." Damit sind die baskischen politischen Gefangenen, Flüchtlinge und Deportierten gemeint. In diesem Zusammenhang bezeichnet sie die Situation des Kollektivs der baskischen Gefangenen in den spanischen Gefängnissen als "wirklich inhuman." Sie erwähnt die Auseinanderlegung, Schläge, Verweigerung medizinischer Versorgung, Folter usw., die auch Amnesty international in seinem letzten Bericht beklagt.

Veel geraas en g
Zware explosie treft kantoorgebouw in Amsterdam
omaanslag lijkt werk van de ETA

Holländische Schlagzeilen zu den ETA-Anschlägen dort im Juli

"Bezeichnend und bedenkenswert ist die Tatsache, daß verglichen mit den franquistischen Behörden (ausgenommen die ersten Nach-'Bürgerkriegs'-Jahre) die PSOE-Regierung in wechselnder Besetzung eine größere Anzahl von Basken einsperrt, vor Gericht stellt, und zu höheren Gefängnisstrafen verurteilt hat", stellt die baskische bewaffnete Organisation fest und weist auch auf die Existenz der GAL hin, eine Organisation, "die offensichtlich polizeilich gedeckt wird und in die höchste Statsorgane einschließlich der PSOE-Regierung verwickelt sind."

Sie stellt auch fest, daß "es höchst bezeichnend ist, daß diese parapolizeilichen Gruppen in ungefähr drei Jahren mehr Tote verursachten als der Franquismus während seiner letzten 20 Jahre. Und alles ohne eine einzige Verurteilung."

Am Rande erwähnt sie auch den kürzlich abgelaufenen Prozeß gegen die Polizisten José Amedo und Michel Domínguez und bezeichnet ihn als "eine Prozeß-Farce".

"Zu einem Zeitpunkt, zu dem praktisch alle internationalen Organisationen einschließlich der UNO das Recht aller Völker proklamieren, ihr Recht auf Selbstbestimmung auszuüben, sieht unsere Nation, Euskadi, die historisch älteste der europäischen Nationen, sich Jahr für Jahr der Möglichkeit beraubt, dieses Recht für sich zu beanspruchen. Verunmöglicht wird dies durch die politische Engstirnigkeit und Blindheit der spanischen 'sozialistischen' Regierungen und durch die Unterdrückung durch eine Polizei und eine Armee, die im Franquismus entstanden und täglich unseren Dörfern und Bewohnern Gewalt antun", erklärt ETA.

Nachdem ETA erklärt hat, daß im Gegensatz zu anderen Nationen ohne eigenen Staat Euskadi "verweigert wird, über seine Zukunft zu entscheiden", erklärt sie die Gründe, warum sie den bewaffneten Kampf führt.

"Wir werden offensichtlich dazu gezwungen, die vitalen Interessen des Staates und seine Polizei- und Militärkräfte im Besonderen unermüdlich anzugreifen, Todesopfer und Sachschäden zu verursachen. Das ist klar. Aber mit der kontinuierlichen Aggression gegen unser Volk und besonders der polizeilichen und militärischen Besetzung, die die Basken erleiden müssen, seit Jahrzehnten, ist das nicht zu vergleichen. Diese Realität von militärischer Besetzung und bewaffnetem Widerstand könnte sich morgen schon ändern, wenn die Verantwortlichen des Staates dies wollten, und sich dazu entschlössen, den Weg der politischen Verhandlungslösung einzuschlagen, die die baskische Gesellschaft in ihren Parolen fordert."

Die baskische bewaffnete Organisation zeigt sich "überrascht" über die Unterstützung, die der bewaffnete Widerstand z.B. in Slovenien oder Litauen bekommt, und gleichzeitig "wir für ähnliche Widerstandsaktionen verurteilt werden. Noch mehr erstaunt uns, daß diejenigen, die unsere bewaffneten Aktionen kritisieren oder verurteilen, keinerlei Skrupel hatten, die Massaker an Zehntausenden von irakischen Zivilisten, auch Frauen und Kindern, zu unterstützen, wenn sie nicht sogar selbst daran teilnahmen, alles unter dem Vorwand der Invasion Kuweits. Ähnliches passiert historisch gewachsenen Völkern in weniger blutigen Militärinvasionen in Palästina, Armenien, Kurdistan, Litauen, Nordirland... und dem baskischen Volk, und scheinbar tut niemand etwas, um dies zu verhindern, und diejenigen, die die irakischen Bewohner mit dem Schrecken der Bombardements bedachten, tun noch weniger".

"Haben Slovenien oder Euskadi nicht genauso das Recht, sich gegen Unterdrückung zu wehren, wie Kuweit? Warum wird manchen Völkern zuerkannt, was anderen verweigert wird?"

"Euskadi Ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit) entstand in der Franco-Diktatur und bekämpfte sie unbeugsam während 18 langer Jahre von 1959 bis 1977, verwandelte sich in die Speerspitze des antifaschistischen Widerstands. Genauso ging es während der 14 Jahre gegen die angebliche Demokratie weiter, die damit fortfuhr, die historischen Rechte unseres Volkes mit Füßen zu treten, die ihm mit Waffengewalt geraubt worden waren. Die Waffen und die 'Sicherheitskräfte' besetzen weiterhin unsere Straßen. 'Sicherheitskräfte' setzen eine spanische Verfassung durch, die von Euskadi in einer Volksabstimmung bekanntlich mehrheitlich abgelehnt wurde. Genauso, wie es mehrheitlich gegen die Integration in der NATO votierte", merkt ETA an.

"Aber die spanische 'Demokratie' kennt nur Mehrheiten und Minderheiten, wenn es ihr in den Kram paßt. Deshalb weigert sie sich, ein Referendum zur Selbstbestimmung Euskadis abzuhalten, geschweigedenn einen Volksentscheid darüber, ob die baskische Gesellschaft das Recht auf Selbstbestimmung ausüben will. Weil sie genau weiß, daß die immense Mehrheit der baskischen Bewohner dieses Recht ohne Umschweife reklamiert und ein freies, souveränes Euskadi aufbauen will, das in solidarisches Harmonie mit den anderen

Völkern Europas und der ganzen Welt lebt. Dies sind die Gründe, warum Euskadi Ta Askatasuna seinen Kampf weiterführen muß, solange die erwähnten Rechte nicht anerkannt werden. Das sind die Gründe, warum wir weiterhin die spanischen Interessen, diplomatisch-militärische oder ökonomisch-touristische, angreifen, wo immer sie sich befinden."

egin-Kommentar zu den letzten ETA-Anschlägen im In- und Ausland

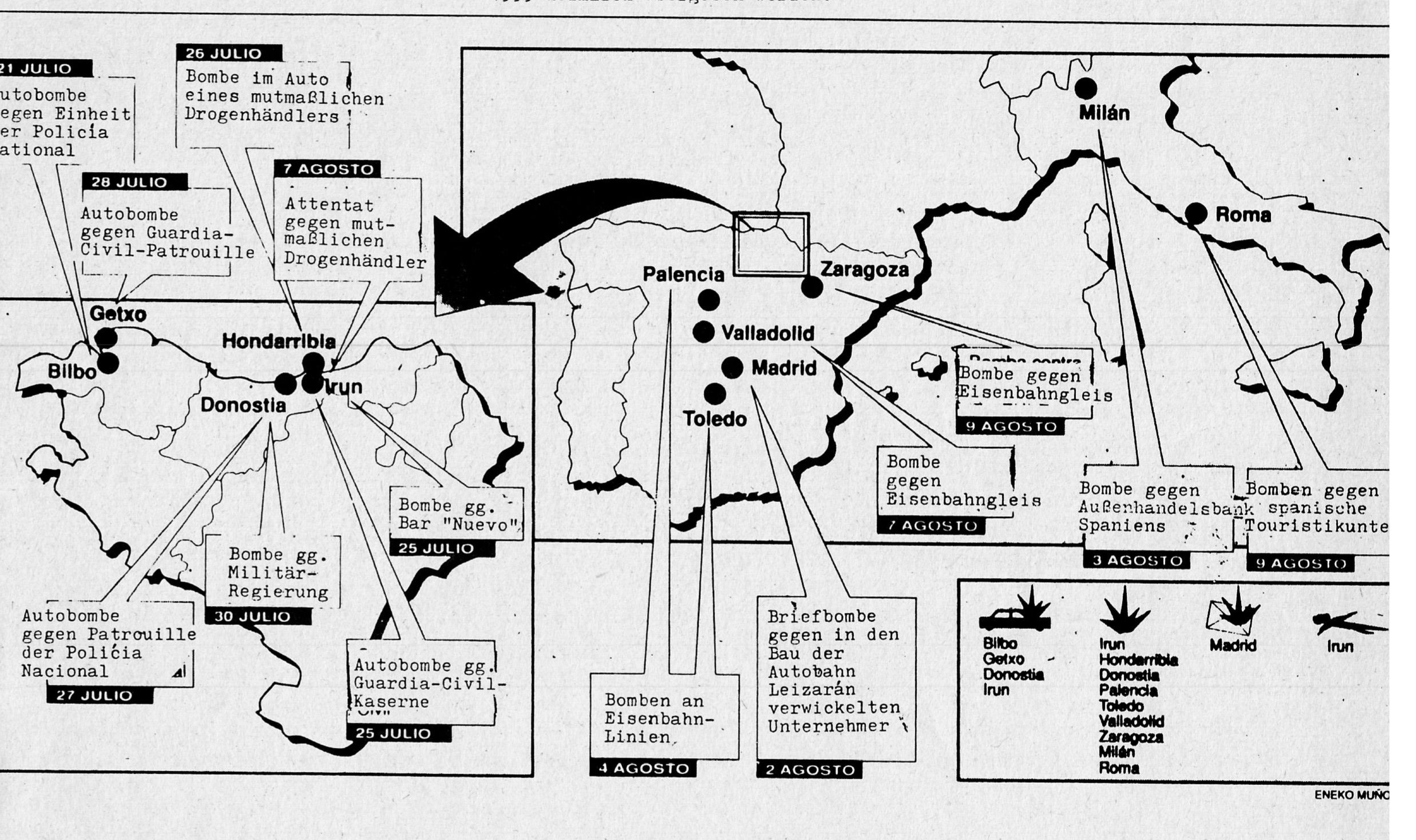
Die ständig wachsende Kampagne von Anschlägen von Euskadi Ta Askatasuna in verschiedenen europäischen Staaten gegen touristische und ökonomische Interessen des spanischen Staates hat die Aufmerksamkeit der Experten und Beobachter erreicht, welche bei den verschiedenen Regierungen ständig beschäftigt sind, und für einen Prozeß der Normalisierung in Euskadi arbeiten sollen.

Europa ist durch die nationalen Erschütterungen in Yugoslavien und anderen Staaten des Ostens alarmiert und es ist in seinem Interesse, diejenigen labilen Punkte gründlich zu untersuchen, die in naher Zukunft Instabilität für das Projekt Europa bringen könnten.

Die Regierungen Frankreichs, Deutschlands, Italiens u.v.m. haben sich ohne Einschränkungen für die billige Problemlösung ausgesprochen, die ihnen von Madrid verkauft wurde: "Das ETA-Problem ist eines unter Spaniern und löst sich mit der Zeit von selbst." Die spanische diplomatische Aktivität und die Sirenengesänge der Verantwortlichen im Madrider Innenministerium bei den internationalen Konferenzen hatten das baskische Thema vertagt. Von Seiten Madrids schien das Ziel klar: Diese "heiße Kartoffel" sollte den Mitgliedsländern des gemeinsamen Marktes mit dessen Inkrafttreten 1993 heimlich übergeben werden.

Aber jetzt steht die bewaffnete Organisation wieder im Scheinwerferlicht. Die Instabilität Euskadis liegt auf der Hand: Wenn dieser Streit nicht auf dem Wege des Dialogs gelöst wird, wird er die spanischen Interessen treffen, wo immer sie sich befinden, und sie sind leicht zu finden.

Vielleicht deshalb richten die internationalen Experten wieder ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punkt. In ihren ersten Stellungnahmen haben sie schon eingeräumt, daß dieses "innere Problem Spaniens" Auswirkungen nach außen haben könnte, und daß die "volle Eingliederung Spaniens" voraussetzt, daß dies positive Folgen bringt, und nicht die Folgen eines seit Jahrhunderten ungelösten Streits. J.M.Idoiaga



IRLAND

Zur aktuellen Situation im Iren- Prozeß

Wir wollen hier kurz etwas zu den neuesten Entwicklungen im

Prozeß gegen unsere irischen Genossen Gerry Hanratty und Gerry Mc Geough sagen.
Gleich zu Anfang betonen wir noch einmal, daß Gerry Hanratty leider nicht "frei" ist. Aufgrund eines ungenauen Artikels der TAZ haben dies einige GenossInnen aus dem Widerstand hier fälschlicherwese angenommen.
Doch jetzt im Detail:
Der Haftbefehl in bezug auf den Anschlag gegen die Britische Rheinarmee im Juli 88 in Duisburg ist im Moment gegen beide Gerrys aufgehoben. Die Beweise schienen dem Gericht wohl doch zu dürftig. Bereits im März 90 wollte der 6. Strafsenat in Düsseldorf diese Anklage überhaupt erst nicht zulassen. Doch die Bundesanwaltschaft setzte sich damals durch. So versuchte sie es auch jetzt wieder: sie hat gegen die Aufhebung dieses Haftbefehls Beschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt. Außerdem versuchte sie nun auch Anschläge, die außerhalb der BRD verübt wurden mit einzubeziehen. Damit ist sie diesmal jedoch nicht durchgekommen.

Die Aufhebung des Haftbefehls in bezug auf den Duisburger Anschlag war evident geworden, nachdem das von dem berühmt-berüchtigten Ockelmann erstellte sog. Schriftgutachten von zwei anderen SchriftgutachterInnen des BKA völlig widerlegt worden war. Mit viel Phantasie und einem "Gefühl", das er sich - nach eigenen Worten - über die Jahre erworben hatte, brachte Ockelmann das Kunststück fertig, aus einigen wenigen Buchstaben auf einem Nummernschild die Handschrift der beiden Gerrys zu erkennen.
Doch erst über Ockelmanns Pseudo- Gutachten und andere ähnlich dünne "Beweise" war es möglich, die beiden Gerrys seit drei Jahren in U-Haft zu behalten.
Obwohl es bisher keine konkreten Aussagen über die Arbeitsweise von IRA Active Service Units in Europa gibt, ist bisher doch erreicht worden, die IRA als "terroristisch" zu diffamieren. Es bleibt noch abzuwarten, wie dies in kommenden anderen Prozessen gegen irische Gefangene hier in der BRD verwendet wird.

Obwohl Gerry Hanratty aus der U-Haft entlassen ist, wurde er sofort in Auslieferungshaft genommen, d.h. konkret: er ist immer noch im Knast in Düsseldorf, und seine Haftbedingungen haben sich eher noch verschärft. Seine Besuchszeit wurde soweit gekürzt, daß in den kommden Monaten faktisch fast nur noch Angehörige ihn besuchen können.
Gerry wird im Nordosten Irlands der "Besitz von Waffen in der Absicht , Leben zu gefährden oder schwere Sachbeschädigung zu begehen" vorgeworfen. Diese Anklage beruht auf einen Vorfall im Jahre 1986 , für den es weder Augenzeugen, belastende Aussagen noch Fingerabdrücke gibt. Damals lebte er offen in Belfast, wo er sich nach einer U-Haft regelmäßig bei der RUC, den nordirischen Bullen, melden mußte. Dann zog er in den Süden Irlands, wo er wiederum offen lebte und sogar Sozialhilfe bezog. Von der südirischenPolizei wurde er zwar fünfmal verhaftet und wieder rausgelassen, aber nie stand eine Auslieferung in den Nordosten Irlands auch nur zur Debatte...

bis er 1988 an der deutsch-holländischen Grenze festgenommen wurde. Die Anklage in der BRD gegen Gerry stand von Anfang an auf wackeligen Füßen. Und dies ist wahrscheinlich ein Grund, weshalb die RUC einen neuen Haftbefehl gegen ihn zusammen mit einem Auslieferungsgesuch erstellte. Es scheint, daß sie unter allen Umständen Gerry im Knast behalten wollen.

Das Oberlandesgericht München wird in den nächsten Wochen oder Monaten über Gerrys Auslieferung entscheiden. Das Münchner Gericht muß sich jedoch noch eine plausible Begründung innerhalb desAuslieferungsabkommens zwischen der BRD und Großbritannien einfallen lassen. Es dürfte ihm vor allem schwerfallen, Gerry ein faires Gerichtsverfahren vor einem pro-britischen Sondergericht in Belfast (Diplock - Court) ohne Jury und mit nur einem Richter zu garantieren. Außerdem kann es wohl kaum die offensichtlichen Folterpraktiken im Verhörzentrum Castlereagh - denen Gerry bei einer Auslieferung ausgesetzt wäre - ignorieren. Immernin hat sich Amnesty International bereits dagegen geäußert. Gerry wurde auch inzwischn gerichtlich bestätigt, daß er in Long Kesh gefoltert und von Hunden gebissen wurde.
Die drohende Auslieferung sehen wir vor dem Hintergrund, daß sich Westeuropa zur einheitlichen Macht zusammenballt, mit Großdeutschland an der Spitze. Im Europa des Kapitals und der Bullen soll es keinen Widerstand und keine Befreiungsbewegungen mehr geben, nur noch "Terroristen". So ist es schon im "Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus" von 1977 angelegt, nachdem antiimperialistische und nationale Befreiungsbewegungen über einen Katalog von "Straftatbeständen" zu "Terroristen" erklärt werden. Über dieses Konstrukt wird der politische Auslieferungsschutzgenommen. Die HERRschenden wollen politische Gefangene hin-und herschieben, wie es gerade ihren Interessen dient.



Für Gerry Mc Geough wurde ein neuer Haftbefehl erlassen. Angeblich soll er bei dem Anschlag in Mönchengladbach auf das Hauptquartier der NATO und gleichzeitig der Britischen Rheinarmee beteiligt gewesen sein. Ihm wird jetzt u.a. "vielfacher Mord", sowie Beschädigung v. Gebäuden und Sachen, die der"Landesverteidigung" dienen, vorgeworfen. Nach vorläufiger Bewertung sei er angebliches "IRA-Mitglied". Gerry hat jedoch des öfteren erklärt, daß er mit dem Anschlag in Mönchengladbach nichts zu tun hat.

Eine weitere ernste Dimension bekommt das ganze durch die Benutzung angeblicher Asylpapiere aus Schweden als sogenannte "Beweise" für seine angebliche "IRA-Mitgliedschaft". Es ist schon eine Farce auf die Menschlichkeit, daß ein Asylsuchender damit rechnen muß, daß der Inhalt seines Asylantrages eines Tages in einem öffentlichen Prozeß als "Beweis" gegen ihn verwendet wird.
Die "schwedischen Papiere" sind inzwischen in mehreren europäischen Ländern herumgereicht worden.
Dies paßt zu der politischen Absicht der skandinavischen Regierungen u. Industrieverbände Mitglied in der EG zu werden, was auch Verträge wie das Schengener Abkommen - dem Schweden sich jetzt angeschlossen hat - und die Arbeit in der TREVI - Gruppe, umfaßt.

Seit Januar dieses Jahres gibt es auch für Gerry Mc Geough von den USA einen Auslieferungsantrag. Er wurde gerade dann gestellt, als auch die Anklage wegen "Mönchengladbach" in sich zusammenfallen drohte.

Wie die irischen Kriegsgefangenen in britischen und nordirischen Knästen sind auch die beiden Gerrys Geiseln im Krieg Britanniens gegen den irischen Befreiungskampf.
Die BRD ist darin Partei - um jeden Preis.



Oberlandesgericht in Düsseldorf.

1. Prozeßtag nach Ende der Sommerpause

Am 2. September sind wir, einige Leute aus Barlin, fast alles Frauen, zusammen nach Düsseldorf gefahren. Trotz Körperkontrolle konnten wir eine Flöte mit in den Prozeßbunker reinschmuggeln. Zum Geburtstag von Gerry (McGeough) spielten und sangen wir lautstark "und weil der Mensch ein Mensch ist..." von Bert Brecht. Beide Gerrys haben sich wirklich gefreut, etwas Leben in diesem trostlosen, sonnenlicht- und frischluftabgeschirmten Prozeßsaal zu bekommen. Es ist einfach besser mit mehreren zusammen zu fahren.
Gerry verlas dann eine lange Erklärung zu irischer Geschichte.

Am gleichen Tag noch rückte Steffen, Vorsitzender Richter in Düsseldorf mit der 'Begründung' der Sperrverordnung des Innenministeriums raus, warum die Bullenzeugen von BKA und LKA ihre Adressen nicht angeben müssen. Eine Gefahr gegen ZeugInnen würde angeblich nicht nur von der IRA ausgehen, sondern ebenfalls von Prozeßbesucher-Innen. Noch heftiger als bereits zuvor wurde gerade die Soli-gruppen angegriffen. Die Tatsache z.B., daß es eine Kundgebung und ein Plakat zum Prozeßbeginn gegeben hatte wurde "großzügig" in einem Atemzug genannt mit den Schüssen an der Startbahn. Auch die Aktion der RAF gegen Neusel wurde erwähnt und vieles, vieles mehr. Über diese (noch) verbalen Angriffe muß noch genauer diskutiert werden und eine Einschätzung fehlt noch.

60er 70er

OLDIE PARTY

FÜR ⚢ + ♀

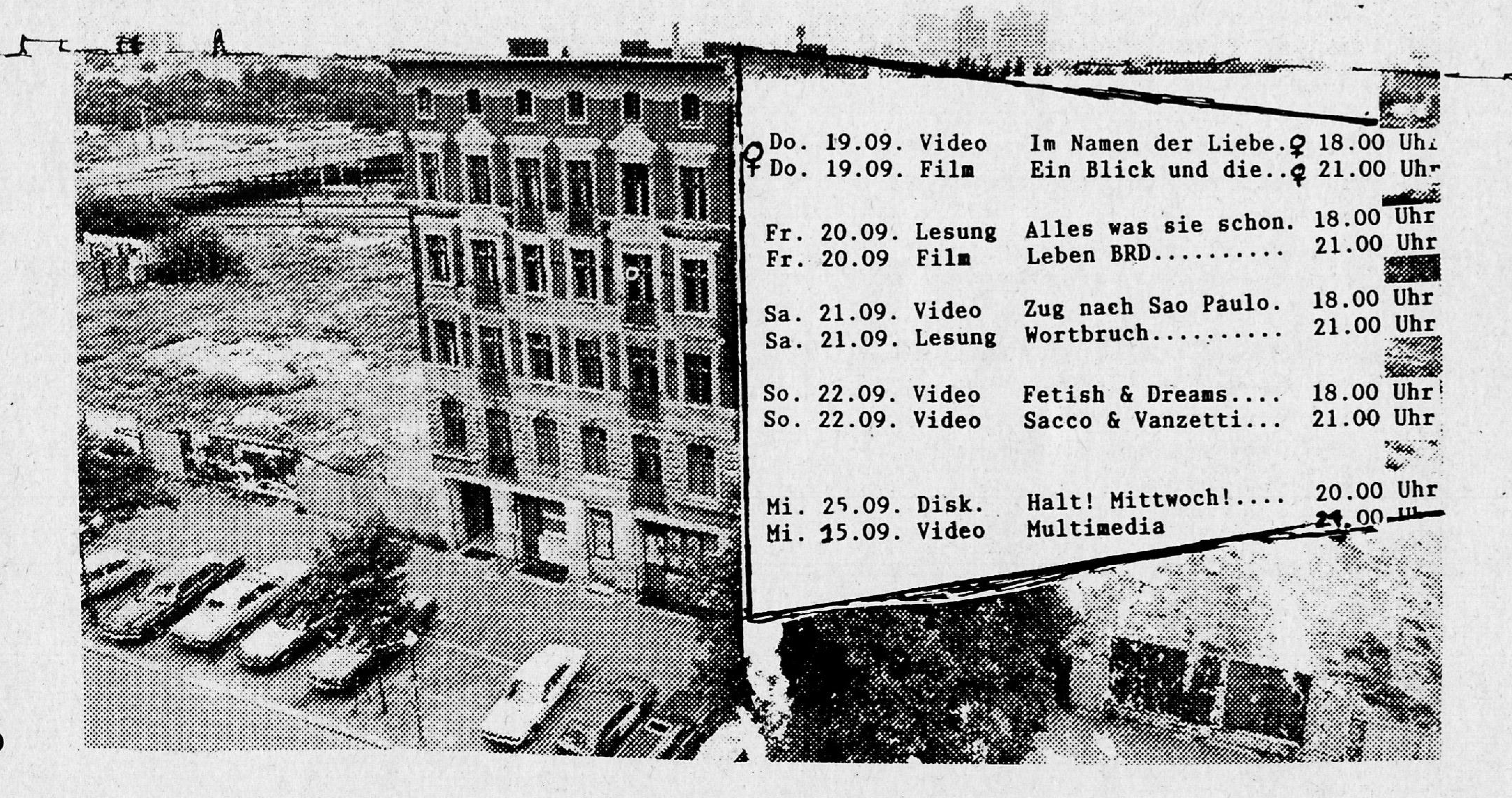
21.9.91 ab 21°°

im SUBVERSIV BRUNNENSTR. 7 @ ROSENTHALER PLATZ

SOLIFETE FÜR AMAZORA

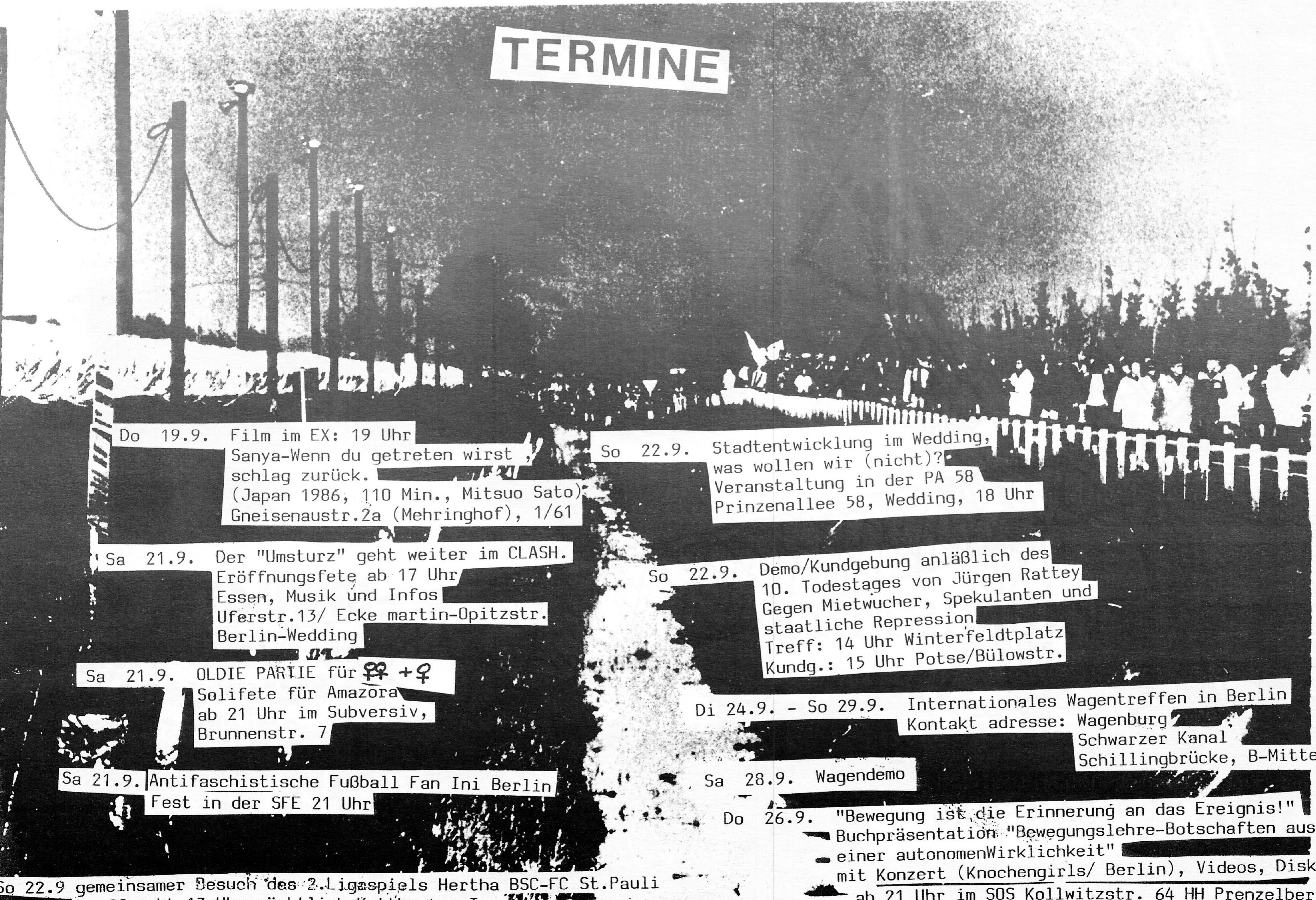
ACHTUNG! BUKO-Aktionskonferenz 19./20.10.91 Kölln ist abgesagt. Neuer Termin noch nicht klar. ACHTUNG! !

Filme im EL LOCCO
Kreuzbergstr. 43, 1/61



♀ Do.	19.09.	Video	Im Namen der Liebe.♀	18.00 Uhr
Do.	19.09.	Film	Ein Blick und die..♀	21.00 Uhr
Fr.	20.09.	Lesung	Alles was sie schon.	18.00 Uhr
Fr.	20.09	Film	Leben BRD.........	21.00 Uhr
Sa.	21.09.	Video	Zug nach Sao Paulo.	18.00 Uhr
Sa.	21.09.	Lesung	Wortbruch.........	21.00 Uhr
So.	22.09.	Video	Fetish & Dreams....	18.00 Uhr
So.	22.09.	Video	Sacco & Vanzetti...	21.00 Uhr
Mi.	25.09.	Disk.	Halt! Mittwoch!....	20.00 Uhr
Mi.	15.09.	Video	Multimedia	21.00 Uhr

TERMINE



Do 19.9. Film im EX: 19 Uhr
Sanya-Wenn du getreten wirst, schlag zurück.
(Japan 1986, 110 Min., Mitsuo Sato)
Gneisenaustr.2a (Mehringhof), 1/61

Sa 21.9. Der "Umsturz" geht weiter im CLASH.
Eröffnungsfete ab 17 Uhr
Essen, Musik und Infos
Uferstr.13/ Ecke martin-Opitzstr.
Berlin-Wedding

Sa 21.9. OLDIE PARTIE für ⚢ + ♀
Solifete für Amazora
ab 21 Uhr im Subversiv,
Brunnenstr. 7

Sa 21.9. Antifaschistische Fußball Fan Ini Berlin
Fest in der SFE 21 Uhr

So 22.9 gemeinsamer Besuch des 2.Ligaspiels Hertha BSC-FC St.Pauli
Treffpunkt 13 Uhr pünktlich Kottbusser Tor

So 22.9. Stadtentwicklung im Wedding,
was wollen wir (nicht)?
Veranstaltung in der PA 58
Prinzenallee 58, Wedding, 18 Uhr

So 22.9. Demo/Kundgebung anläßlich des
10. Todestages von Jürgen Rattey
Gegen Mietwucher, Spekulanten und
staatliche Repression
Treff: 14 Uhr Winterfeldtplatz
Kundg.: 15 Uhr Potse/Bülowstr.

Di 24.9. - So 29.9. Internationales Wagentreffen in Berlin
Kontakt adresse: Wagenburg
Schwarzer Kanal
Schillingbrücke, B-Mitte

Sa 28.9. Wagendemo

Do 26.9. "Bewegung ist die Erinnerung an das Ereignis!"
Buchpräsentation "Bewegungslehre-Botschaften aus einer autonomenWirklichkeit"
mit Konzert (Knochengirls/ Berlin), Videos, Disko.
ab 21 Uhr im SOS Kollwitzstr. 64 HH Prenzelberg
Eintritt frei!

DER *UMSTURZ* GEHT WEITER

IM

ERÖFFNUNGSFETE

UFERSTR. 13
Ecke MARTIN-OPITZSTR.
(U-Bhf: NAUENER Platz
o. Pankstr.)

21.9. SAMSTAG
ab 17^{00}

ESSEN
MUSIK, INFOS

WEDDING